



Inhalt

- 2 Editorial
- 3 Wie beurteilen AnarchistInnen
Öcalans anarchistische Äusserungen?
- 5 Interview mit türkischen AnarchistInnen
- 9 Massaker an Ölarbeiter_innen in Zhanaosen
- 10 Nationalismus und Widerstand in Russland
- 15 M31 - Europäischer Aktionstag
gegen den Kapitalismus
- 17 Interview mit Transition Town Dresden
- 20 Kritische Anwesenheit auf
„Echte Demokratie jetzt!“- Demo in Dresden
- 21 Dresden blieb sitzen! - 2000 Schüler*innen
protestieren kreativ gegen Schulnetzplan
- 22 2012 mit anarchistischen Vorsätzen
auf Dresdner Strassen!
- 26 Der Generalstreik fand nicht statt
- 29 Termine
- 31 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

Gǎidào

改道

einen anderen weg gehen



No 2
2012

Editorial

Liebe Leute,

in der letzten Ausgabe konnten wir unseren ersten Geburtstag feiern, was wir auch mit ein klein wenig Stolz getan haben. Schließlich hält sich das Projekt [改道] Gǎi Dào nun schon länger, als die meisten vermuten konnten. Jedoch wollen wir dabei nicht stehen bleiben, schließlich gibt es für 2012 genug zu tun. Die nächsten Projekte sind die regelmäßige Printausgabe im klassischen Vertrieb, die ersten [改道] Gǎi Dào-Broschüren und natürlich den normalen Ablauf rund um die [改道] Gǎi Dào noch ein Stück weiter zu professionalisieren, schließlich kommen bei uns die Wenigsten vom Fach. Aber wie schon der Subcomandante sagte: Fragend schreiten wir voran!

Neben unseren langfristigen Zielen bieten wir auch in dieser Ausgabe eine Vielzahl an spannenden Artikeln. Schwerpunkte sind dieses Mal Osteuropa und die Türkei, so findet ihr eine interessante Bewertung ortskundiger Anarchist_innen zum anti-autoritären Schwenk des PKK-Anführers Abdullah Öcalan und ein Interview über die anarchistische Bewegung in der Türkei allgemein. Ein ausführlicher Artikel der ASJ Göttingen / Südniedersachsen bietet einen Einblick in die momentane Situation in Russland, den erstarkenden Nationalismus und den Widerstand von anarchistischen und antifaschistischen Gruppen. Ein Artikel über das Massaker an Ölarbeiter_innen in Kasachstan und ein etwas verspäteter, dennoch nicht minder interessanter Bericht über den nicht stattgefundenen Generalstreik in Wisconsin runden die Rubrik „Weltweit“ ab.

Lokal dreht sich dieses Mal (fast) alles um Dresden. Neben einem Bericht über aktiven Schüler_innenwiderstand und einen Aufruf anarchistischer Gruppen und Projekte zu den Protesten gegen die jährlichen Nazigroßaufmärsche findet ihr ein interessantes Interview mit „Transition Town“, einem Projekt, das versucht alternative Lebensmodelle schon heute umzusetzen. Auf diesen Artikel werden in den kommenden Ausgaben weitere Vorstellungen von Projekten folgen, die schon im kapitalistischen Hier und Jetzt mit alternativen ökonomischen und sozialen Lebensformen experimentieren. Ihr dürft gespannt sein.

Zu guter Letzt findet ihr noch den Aufruf zu einem internationalen Aktionstag unter dem Motto: „M31 – capitalism is the crisis“, der am 31. März in vielen europäischen Ländern stattfinden wird.

Und wie in den Ausgaben zuvor, noch einmal der Hinweis: Falls ihr Artikel habt und denkt, diese sind für die [改道] Gǎi Dào geeignet, ihr generell am Projekt [改道] Gǎi Dào mitarbeiten wollt, Anregungen, Fragen oder Kritik habt oder nur die sympathischen Menschen hinter der [改道] Gǎi Dào kennenlernen wollt, schreibt an unsere Redaktionsadresse: redaktion-gaidao@riseup.net

Eure Redaktion



Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: <http://www.fda-ifa.org>
IFA: <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: antinationale@riseup.net
<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
<http://lbb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: laydaran@immerda.ch

seiner Argumentation stellt er fünf traditionelle Vorstellungen von Schule, die er als Mythen bezeichnet:

- *Schule sichert Wissen*
- *Schule schützt Kinder*
- *Schule garantiert kulturellen Fortbestand*
- *Schulreformen verbessern Schule*
- *Heute wissen wir alles besser*

Erst wenn wir es wagen, uns auf ein anderes Bild von Schule einzulassen und Bildung „vom Kinde aus“ denken lernen, werden wir den Blick frei bekommen für eine nachhaltige Veränderung unseres Bildungssystems.

Mehr Infos: <http://www.aklibertad.blogspot.com>

Kontakt: ak-libertad@gmx.net

Winterthur (Schweiz) - 7. Anarchietage

Wann: 10. - 12.02.2012 - **Wo:** Alte Kaserne (Fr) / GGS31 (Sa) / Gasthof zum Widder (So), Winterthur

Nach einem Jahr Auszeit freuen wir uns, euch die siebten Anarchietage in Winterthur ankündigen zu können. Vom 10. bis 12. Februar 2012 wollen wir uns in fünf Veranstaltungen dem historisch schwer befrachteten Komplex „Anarchismus und Gewalt“ nähern. Jenseits des bürgerlichen Klischees des „bombenwerfenden Anarchisten mit Spitzhut und Bart“ soll anhand von geschichtlichen und aktuellen Beispielen die Frage aufgeworfen werden, ob, welche und wie viel Gewalt gegen Menschen sich mit dem Streben nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft verträgt. Dabei sollen aber nicht nur moralische und strategische Erwägungen zur Sprache kommen, durch die wir uns in unserem politischen Handeln leiten lassen. Ebenso thematisiert werden soll, wie wir, in einem auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden System sozialisiert, mit Gewalt in den eigenen Reihen umgehen können.

Mehr Infos: www.anarchietage.ch

Kontakt: law@arachnia.ch

Dresden

Naziaufmärsche verhindern – gegen sächsische Verhältnisse und deutsche Opfermythen

Wann: 13. & 18.02.2012 - **Wo:** Dresden

Wie in den Jahren zuvor wollen (Neo-)Nazis aus ganz Europa

am Jahrestag der Bombardierung Dresdens einen Trauerzug und am darauffolgenden Samstag eine Großdemonstration durch die Dresdner Innenstadt veranstalten. In den letzten beiden Jahren konnte das antifaschistische Engagement tausender zumindest den Großaufmarsch in der gewollten Form verhindern. Aber auch der Protest am Jahrestag selbst nahm in den letzten Jahren stark zu. Sollte der Großaufmarsch, sofern er überhaupt stattfindet, wieder verhindert werden können, so dürften zukünftige Demonstrationen an diesem Datum Geschichte sein. Beteiligt euch an den Protesten gegen den Trauermarsch am 13. Februar, gegen die Großdemonstration am 18. Februar, die Repression und Polizei- und Justizschikane gegen Proteste der vergangenen Jahre und die Verklärung der Geschichte.

Mehr Infos: www.no-pasaran.eu/ (linksradikales Bündnis); www.dresden-nazifrei.com (Großbündnis); www.libertaeres-netzwerk.info (Anarchistischer Aufruf)

Offenburg

Vortrag und Diskussion:

„Hellas 21 - Sysifus und die sieben Krisen

Wann: 24.02.2012 | 19:00 Uhr - **Wo:** Alarm-Raum im MuKu, Lise-Meitner-Str. 10, 77652 Offenburg

Krisen jeglicher Art scheinen inzwischen zum Normalzustand zu gehören, sei es als Wirtschafts-, Klima- oder Währungskrise. Doch wo liegen die Ursachen dafür, dass sich die Institutionen in Staaten wie Griechenland Tag für Tag mehr in Luft auflösen und die Menschen dort vieles verlieren, was einstmalig sicher schien? Welchen Charakter hat die kapitalistische Krise? Tritt sie zyklisch auf oder findet sie permanent statt? Diesen Fragen werden die beiden Referenten des Libertären Bündnis Ludwigsburg [LB²] in zwei Inputs nachgehen, um anschliessend mit den interessierten Menschen vor Ort darüber zu diskutieren. Beide sind langjährige politische Aktivist_innen und beschäftigen sich in diesem Rahmen seit geraumer Zeit mit dem Themenkomplex „Krise“ aus herrschaftskritischer Perspektive.

Die Veranstaltung findet im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Anarchistischen Netzwerks Südwest* statt. Nach der Demonstration „Es ist keine Krise - es ist das System!“ im vergangenen Oktober in Karlsruhe, ist die Vortragsreihe ein weiterer Teil der gleichnamigen Kampagne.

Mehr Infos: www.alarm.blogspot.de

Kontakt: alarm-ev@immerda.ch

Wie beurteilen AnarchistInnen Öcalans anarchistische Äusserungen?

Einige Anmerkungen zu seinen “Verteidigungsschriften”

Karakök Autonome – FdA-IFA

Im September 2010 erschien eine deutsche Übersetzung des Buchs „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ von Abdullah Öcalan, dem Anführer der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Seitdem machen sich auch im deutschsprachigen Raum Diskussionen zum plötzlichen Sinneswandel Öcalans breit. An deutschsprachige Informationen zu gelangen, gestaltet sich hierbei nicht gerade als einfach. Gerne möchten wir daher als auch in der Türkei aktive AnarchistInnen über die Rahmenbedingungen sowie den Nachhall von Öcalans Stellungnahme berichten.

Das Buch „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ erschien bereits im Jahre 2004 in türkischer Sprache, als Verteidigungsschrift des seit 1999 inhaftierten Abdullah Öcalan. Damals wurde das Manuskript vereinzelt unter der Hand verteilt und erzeugte vorerst keine starke Resonanz. Im Jahre 2009 schliesslich, publizierte Öcalan eine offizielle Pressemitteilung aus dem Gefängnis. In der Mitteilung bezeichnete er die Lehren von Marx und Hegel, an denen sich die PKK bis in die 90er orientiert hatte, als fehlerhaft. Ihnen stellte er die Richtigkeit der Lehren von Bakunin und Kropotkin entgegen. Früher sei er davon ausgegangen, alle Probleme der kurdischen Bevölkerung würden sich mit der Gründung eines kurdischen Nationalstaates lösen. Nun habe er begriffen, dass der Staat nicht die Lösung, sondern die Quelle aller Probleme sei.

Abwendung vom Guerillakampf

Erst damit begann eine öffentliche Resonanz sowie ein Aufgreifen der Verteidigungsschrift, welche eine ähnliche thematische Grundlage aufweist. Im Buch lehnt Öcalan eine Orientierung an marxistisch-leninistischen Theorien ab. Diese würden wesentliche Denkfehler in Form von Autorität, Staat und Gewalt enthalten. Gemäss Öcalan habe die anarchistische Theorie diese Fehler erkannt und liefere einen korrekteren

Ansatz. Allerdings beschreibt er auch die Mängel des Anarchismus. Dieser habe zwar Recht, wenn er ein politisches System negiere; allerdings scheitere er selbst am Fehlen eines solchen. Er weist also nicht auf die Realisierung der anarchistischen Idee als erstrebenswertes Ziel hin. Als zu realisierende Praxen nennt er vielmehr zivile Widerstandsstrukturen. Insbesondere nennt er hierbei ökologische, feministische und antimilitaristische Aktionsbereiche, die aus der kurdischen Bevölkerung heraus entstehen sollten. Hierbei äussert er sich auch zum Guerillakampf und lehnt diesen – wie auch jegliche andere Form von Gewalt – ab. Gleichzeitig verwirft er mit dem Konstrukt von Nationalstaaten auch die Errichtung eines kurdischen Staates. Stattdessen plädiert er für die Errichtung einer autonomen Region Kurdistan, welche in sich föderalistisch verwaltet werden soll. Öcalan lehnt also zwei wichtige Pfeiler der bisherigen Befreiungsbewegung ab: einerseits den Guerillakampf; andererseits die Forderung eines kurdischen Nationalstaates. Bemerkenswert ist, dass das Buch kurz nach Beginn der Dialoge Öcalans mit staatlichen Behörden veröffentlicht wurde.

Anarchistische Unterstützung der kurdischen Befreiung

Öcalans Sinneswandel löste auch bei AnarchistInnen in der Türkei Diskussionen aus. Zur besseren Darstellung der Situation muss man festhalten, dass türkische AnarchistInnen nahezu ohne Ausnahme die kurdische Befreiungsbewegung anerkennen und unterstützen. Vor Beginn der anarchistischen Bewegung in den 80er Jahren, war dies in revolutionären Kreisen keinesfalls selbstverständlich, waren doch marxistisch-leninistische Gruppierungen nationalistisch geprägt und wandten sich vehement von der kurdischen Befreiungsbewegung ab, was bis heute so geblieben ist. Die anarchistische Bewegung sah zwar ein, dass der kurdische Befreiungskampf in der Errichtung eines kurdischen Nationalstaates münden würde, es herrschte aber in breiten Kreisen die Übereinstimmung, die kurdische Bevölkerung sollte das Recht haben, nicht mehr länger fremdbestimmt und unterdrückt zu werden, sondern ihr gesellschaftliches Zusammenleben sel-

ber zu gestalten. Ob dies die Form eines Nationalstaats oder einer kollektivistischen Gesellschaft annehmen würde – darüber sollte einzig und allein die betroffene Bevölkerung entscheiden und nicht etwa Aussenstehende. Es ist daher gang und gäbe, dass anarchistische Gruppen und Individuen den Widerstand der kurdischen Bevölkerung aktiv unterstützten und sich an verschiedenen Aktivitäten der PKK aktiv beteiligten – so beispielsweise innerhalb der Kampagne „Yeter artik!“ („Es reicht!“), die sich gegen staatliche Repression wandte oder bei Protestkundgebungen in kurdischen Gebieten.

Aufschwung durch anarchistische Inhalte

Was Öcalans Aussagen über den Anarchismus betrifft, zeigten sich hingegen viele AnarchistInnen skeptisch. Dies aus mehreren Gründen: einerseits zeigt sich ein Widerspruch zwischen Öcalans Schriften und seiner Praxis. So äusserte er zwar, jegliche Autoritäten und Führungsstrukturen abzulehnen, gab dabei aber weder seine eigene Führungsposition oder den Kult um seine Person innerhalb der PKK auf, noch verlor er ein Wort über die alles andere als anarchistische Organisationsstruktur der PKK oder über die parteiinterne Hinrichtung von RivalInnen oder vermeintlichen „VerräterInnen“. Eine Reflektion der parteiinternen Praxis hätte vielleicht den Weg für eine neue Ausrichtung ebnen können, dazu kam es aber nicht. Auch erschien seine Position im direkten Anschluss an Annäherungen mit staatlichen Behörden. In diesem Kontext scheinen die Äusserungen Öcalans vielmehr strategischer Natur. Einerseits eröffneten die von Öcalan angesprochenen Bereiche wie Frauenrechte, Ökologie oder Antimilitarismus der PKK neue Perspektiven der politischen Aktivität. Es entstanden Kampagnen zur Befreiung der Frau in Van, Proteste gegen die Errichtung eines Staudamms in Munzur und Hasankeyf und Organisationen von kurdischen Militärdienstverweigerern, insbesondere in Van und Diyarbakir. Diese Bereiche verhalfen der kurdischen Befreiungsbewegung zu neuem Aufschwung. Andererseits signalisierte Öcalan den türkischen Behörden sein Entgegenkommen, indem er die Forderung eines kurdischen Staates aufgab. Tatsächlich kam es nach dem Erscheinen Öcalans Pressemitteilung zu intensivierten Verhandlungen zwischen staatlichen Behörden und dem inhaftierten PKK-Anführer. Dies führte gar dazu, dass staatliche Repräsentanten begannen, sich kritisch zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung und teilweise sogar ganz nach Öcalans Wunsch über eine autonome Region Kurdistan innerhalb der Türkei zu äussern.

Vereinnahmung von AnarchistInnen

Der grösste Teil der anarchistischen Bewegung unterstützt daher nach wie vor den Widerstand der kurdischen Bevölkerung, distanziert sich jedoch gleichzeitig von Öcalans Mitteilung, welche als strategische Natur und kaum als aufrichtig verstanden wird. Auch die PKK bezeichnet sich selbst nach wie vor nicht als anarchistisch; oftmals stellen wir jedoch Sympathien gegenüber anarchistischer Theorie und Praxis fest. So erfolgte eine verstärkte Annäherung der PKK, aber auch anderer kurdischer Organisationen, an anarchistische Gruppierungen und Aktivitäten, was die Zusammenarbeit intensiviert hat. Dies führte gar zum Versuch, anarchistische Gruppen und Individuen in eigene Projekte einzubinden. So kam es vor einigen Monaten zur Errichtung einer linken, parlamentarischen Dachorganisation. Zu dieser hatte die kurdische Partei BDP aufgerufen, um gemeinsam mit weiteren Kräften stärker im Parlament agieren zu können. Auch anarchistische Gruppen wurden eingeladen, innerhalb der neuen, noch unbenannten, Partei teilzunehmen. Aus Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung entschieden sich manche AnarchistInnen dafür, sich am Projekt zu beteiligen, was für viel Kritik und Furore innerhalb der anarchistischen Bewegung sorgte.



Mannheim / Karlsruhe / Saarbrücken

Vortrag und Diskussion:

„Schocktherapie? - Zur Lage in Griechenland“

Wann: 02.02. (MA); 03.02 (KA); 04.02.2012 (SB)

Wo: Café Filsbach, J6, 1-2, Mannheim | Viktoriastr. 12, Karlsruhe | Peter-Imandt-Gesellschaft, Futterstr. 17-19, Saarbrücken

Es berichtet Ralf Dreis, FAU-Frankfurt. Der Griechisch-Übersetzer und freie Journalist schreibt seit Jahren für die linke und anarchistische Presse über das politische Geschehen in Griechenland. Zwischen 1996 und 2001 in der anarchistischen Bewegung Thessaloníkis aktiv, pendelt er seitdem zwischen Deutschland und Griechenland.

Veranstaltung:

- über die Politik der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF und ihre Auswirkungen auf die griechische Gesellschaft
- über den Widerstand gegen die kapitalistische Ausplünderung
- über Landbesetzungen, Kollektivbetriebe, Basisgewerkschaften, die anarchistische Bewegung und andere emanzipatorische Chancen der ?Krise?
- über rechtsradikal-christliche Fundamentalisten in der Regierung und das Erstarken rassistischer und faschistischer Organisationen
- über die internationale Zusammenarbeit antiautoritärer, anarchistischer und linksradikaler Gruppen und anarcho-syndikalistischer Gewerkschaften und den antikapitalistischen Aktionstag am 31. März 2012.

Die Veranstaltungen finden im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Anarchistischen Netzwerks Südwest* statt. Nach der Demonstration „Es ist keine Krise - es ist das System!“ im

vergangenen Oktober in Karlsruhe, ist die Vortragsreihe ein weiterer Teil der gleichnamigen Kampagne.

Mehr Infos: www.anarchie-mannheim.de (MA); www.lka.tumblr.com (KA); www.antinationale.org (SB)

Kontakt: info@anarchie-mannheim.de (MA); lka@riseup.net (KA); antinationale@riseup.net (SB)

Aachen

Demonstration:

„Antifaschistisch denken – handeln – leben!“

Wann: 04.02.2012 | 17:00 Uhr | **Wo:** Autonomes Zentrum (AZ), Hackländer Str. 5, 52064 Aachen

In der Region Aachen ist seit einigen Jahren ein verstärktes Auftreten der militanten extremen Rechten zu beobachten. Hauptakteure sind die Kameradschaft Aachener Land (KAL) und die NPD, inhaltlich und personell ineinander verzahnt. Bei beiden handelt es sich um Organisationen, die den NS-Faschismus verherrlichen, faschistische und rassistische Menschenbilder propagieren und Menschen bekämpfen, die entweder nicht in ihr rassistisches Weltbild passen oder die sie als politische Gegner_innen wahrnehmen. Letztere reichen von Antifa-Aktivist_innen bis hin zu Sozialdemokrat_innen. Wie weit Neonazis für ihre menschenverachtenden Ziele gehen, lässt sich zum Beispiel an den Morden der NSU sehen. Die Dimension rechter Gewalt geht allerdings weit darüber hinaus und wird vom Großteil der Medien oftmals nur am Rande behandelt: seit 1990 wurden mehr als 180 Menschen in Deutschland aufgrund von rassistischen und faschistischen Einstellungen getötet.

Mehr Infos: www.afademo.blogspot.de

Kontakt: akantifaac@riseup.net

Augsburg

Vortrag und Diskussion: „Mythos Schule – Warum Bildung entsaatlicht und entschult werden muss“

Wann: 07.02.2012 | 19:00 Uhr Vokü / 19:30 Uhr Vortragsbeginn - **Wo:** Kulturladen in Selbstverwaltung ‚Ganze Bäckerei‘, Reitmayrgässchen 4, 86152 Augsburg

Ulrich Klemms zentrale These in diesem Vortrag ist, dass Bildung und Lernen nur dann wirklich gelingen können, wenn sie entstaatlicht und entschult werden. In den Mittelpunkt

ßerhalb ihrer Zuständigkeit und übereilt vor, war den SCFL-Delegierten klar, dass sie nicht die Autorität hatten, einen Generalstreik auszurufen. Sie taten ja nicht mehr und nicht weniger, als diesen zu befürworten und sich in gewisser Weise darauf vorzubereiten.

Das Regionaltreffen der IWW bereitete eine Aktion vor, die wahrscheinlich die größte, konzertierteste und erfolgreichste Intervention in einem Arbeitskampf ist, den die IWW seit den 1930er Jahren unternommen hat. Von Mitte Februar bis Mitte März war die Idee des Generalstreiks immer präsent, so dass fast jedeR in Wisconsin sich eine Meinung dazu bilden musste, ob dieser möglich, erfolgreich oder gerechtfertigt sei. Sogar in vielen anderen Teilen des Landes, von New York bis Kalifornien, wurde die Idee des Generalstreiks ein legitimes Diskussionsthema außerhalb des linken Umfelds.

Es muss bezweifelt werden, ob dies ohne die Aktivität der IWW möglich gewesen wäre. IWW-Mitglieder aus der gesamten Gewerkschaft koordinierten ihre Aktivitäten und daher hatte die Organisationen einen Einfluss auf die Gesamtstimmung der Arbeiterklasse, der größer war als alles andere in den letzten Jahrzehnten. Unserer Meinung nach war der Zusammenhalt der Organisation in erster Linie auf die Erfahrungen vieler Mitglieder mit dem Modell „Gewerkschaft ist Solidarität“ in den letzten Jahren zurückzuführen und auf den Aufbau einer neuen Führungsgeneration innerhalb der Gewerkschaft. Aus Platzgründen möchten wir dies nicht weiter ausführen und nur sagen, dass viele Mitglieder durch die praktische Arbeit erfahren haben, was die Macht der Arbeiter ist und wie so viele Institutionen unserer Gesellschaft dieser entgegenstehen.

Dennoch gab es offensichtlich keinen Generalstreik in Wisconsin. Tatsächlich gab es nach den anfänglichen „sick-outs“ der Lehrer überhaupt keine konzertierte industrielle Aktion und ab Mitte März gingen die Forderungen nach einem Generalstreik oder nach Aktionen außer Wahlkampagnen komplett in einer Rückrufaktion unter. Wir glauben nicht, dass dies die Schuld der IWW ist – nach über 30 Jahren der Isolation und des Niedergangs der Arbeiterklasse der USA wäre es 2011 lächerlich gewesen anzunehmen, dass ein Großteil der Arbeiterklasse überhaupt so etwas wie gewerkschaftsübergreifende Solidarität oder tatsächlich illegale Aktionen diskutieren, geschweige denn ernstlich in Erwägung ziehen würde. Wenn es auch keinen Generalstreik in Wisconsin gab, so ist doch noch viel aus dem Erfolg der IWW zu lernen und

ebenso aus dem, was hätte besser laufen können. Angesichts der sich verschärfenden Krise des Kapitals wird die Arbeiterklasse von mehr und mehr Elend betroffen werden und keine Wahl haben, als mit Mitteln zu antworten, die die jahrzehntelange Niederlage der Arbeiterklasse überwinden können. Die Vorgänge in Wisconsin waren nur ein Vorbote der noch kommenden Kämpfe und die IWW wird sich in alle einbringen müssen und in jedem lernen und sich entwickeln. Die Autoren dieses Berichts sind zwei von drei hauptamtlichen Gewerkschaftsaktivisten, die nach Madison kamen, um das Lokal dort zu unterstützen, wie wir im folgenden Text weiter ausführen. Wir schreiben derzeit einen viel längeren Bericht, in dem wir versuchen werden, die Ereignisse in Wisconsin mit der globalen Strategie der Kapitalisten zur Überwindung der gegenwärtigen Krise in Verbindung setzen, sowie mit den Aktionen, die die Arbeiterklasse durchführen muss und der Strategie, die wir als Organisation dazu erarbeiten müssen. Dieser Text fasst die Aktivitäten der IWW zusammen und versucht, Lehren für die Zukunft zu ziehen und ist in gewisser Weise eine Vorschau des längeren Artikels; allerdings schreiben wir diesen insbesondere, um innerhalb der IWW eine Diskussion zu eröffnen. Dieser Text wurde bei der IWW-Convention 2011 in Baltimore verteilt und dieser Text ist dem fast gleich, bis auf kleinere Änderungen, Namen wurden hinzugefügt bzw. herausgenommen, Tippfehler korrigiert und Absätze aus einem früheren Text wurden zugefügt.

For the Cooperative Commonwealth,

*Brendan Sawyers
Juan Conatz*

Interview mit türkischen AnarchistInnen

Das Anarşi Kolektifi Ankara (Anarchistisches Kollektiv Ankara) ist eine synthetische Organisation von AnarchistInnen, die seit mehreren Jahren in der türkischen Hauptstadt aktiv ist. Die Workers Solidarity Alliance beschloß, ein kurzes Interview mit den türkischen GenossInnen zu führen, um die globalen Beziehungen der Solidarität zu erweitern, von ihren Kämpfen zu erfahren und das Gelernte auf die eigenen Kämpfe hier in Nordamerika anzuwenden.

Das folgende Interview gibt eine sehr kurzgefaßte Einführung in die anarchistische Organisation in der Türkei. In Reaktion auf die breite Auswahl an Fragen äußern sich die Mitglieder der AKA zu den sozialen Kämpfen, in denen sich AnarchistInnen in der Türkei engagieren, besonders in den schwulen und anti-militaristischen Bewegungen, sowie auch zum tieferen Kontext des libertären Kampfes in der Türkei, so z.B. der Niedergang des Marxismus und die staatliche Repression des revolutionären Kampfes. Insbesondere faszinierend ist die Analyse der AKA des militanten kurdischen Kampfes für Autonomie vom Staat. Während viele AnarchistInnen die bewaffnete Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wegen ihrer Geschichte von, gegen die ArbeiterInnenklasse gerichteten nationalistischen Aktionen, kritisieren oder sie bestenfalls als hoffnungslos stalinistisch abschreiben, erkennt die AKA an, daß es innerhalb der Organisation einige legitime theoretische Bewegung hin zu anti-autoritären Positionen gegeben hat und daß diese Öffnung neue Möglichkeiten eröffnet, daß libertäre Vorstellungen in der breiteren kurdischen Bewegung außerhalb der PKK Fuß fassen können.

Die Fragen des Interviews wurden von mehreren verschiedenen AKA-Mitgliedern beantwortet, so daß die Antworten die verschiedenen Strömungen innerhalb der Organisation wiedergeben. In einem Fall entschieden zwei Mitglieder, getrennt auf dieselbe Frage zu antworten.

WSA: *An welchen Projekten und Kampagnen arbeitet ihr gerade, als Organisation und als Individuen?*

AKA: Die AKA organisiert gegenwärtig eine Konferenz zum Internationalen Tag der Wehrdienstverweigerer am 15. Mai. Für Männer ist der Wehrdienst in der Türkei Pflicht. Außerdem ist das türkische Militär ein mächtiger politischer Akteur, wegen seiner Rolle als Gründer und Beschützer der tür-

kischen Republik. Es gibt eine Geschichte der Militärputsche in der Türkei. Wegen ihrer anti-miliaristischen Prinzipien kämpfen AnarchistInnen in der Türkei gegen die von der Armee ausgehende Unterdrückung. Bis vor kurzem noch waren alle Wehrdienstverweigerer in der Türkei Anarchisten. (Wehrdienstverweigerung ist in der Türkei nicht anerkannt und wird im allgemeinen mit Folter und langen Gefängnisstrafen geahndet – Anm. d. Übers.)

Bei dieser Konferenz, die wir für den 15. Mai planen, werden wir uns hauptsächlich mit drei Themen befassen: Anti-Militarismus, Wehrdienstverweigerung und Pazifismus. Obwohl diese Themen für unterschiedliche Dinge stehen, werden sie gegenwärtig in der Türkei als irgendwie verbunden betrachtet. Dies verursacht Verwirrung. Wir wollen einen Raum für die Diskussion dieser Themen schaffen.

Wir werden auch als Teil der Anti-Homophobie-Tage - zusammen mit Kaos GL - (einem schwulen Zentrum in Ankara mit anti-autoritären Wurzeln – Anm. d. Übers.) einen Workshop zum Thema schwuler Anarchismus durchführen.

Zusätzlich geben wir ein unregelmäßig erscheinendes e-Magazin namens „Sanal“ heraus. Wir arbeiten gerade an der sechsten Ausgabe. Es basiert hauptsächlich auf Übersetzungen aus internationalen anarchistischen Strömungen und Theorien.

WSA: *Welche Spannungen und Konfliktschauplätze innerhalb der türkischen Gesellschaft enthalten für euch das größte Potential für anarchistische Organisation?*

AKA: Neben der Bewegung der Wehrdienstveweigerer und ArbeiterInnenkämpfe gibt es in der Türkei einen Trend zu urbaner Gentrifizierung, parallel zum globalen Geschehen. Viele ArbeiterInnenviertel werden von der Hand der örtlichen Verwaltungen (zusammen mit dem Staat) zerstört, um neue „isolierte“ bürgerliche Wohnviertel zu schaffen. Diese kapitalistische urbane Politik schafft viel Unruhe und Potential für Widerstand. AnarchistInnen in Istanbul haben zusammen mit örtlichen NGO-Organisationen, von Mukhtars („Dorfchefs“) und AnwohnerInnen Widerstand gegen die Gentrifizierung im Stadtviertel Tarlabasi geleistet. Sie haben jetzt ein Büro in Tarlabasi (von der örtlichen Bevölkerung zur Verfügung ge-

stellt) und sie organisieren Veranstaltungen in diesem Gebiet.

WSA: *Sind anarchistische Organisationen im kurdischen Kampf um Befreiung aktiv? Was ist die Perspektive der AKA zum kurdischen Kampf?*

AKA: Als Folge der Theorie des PKK-Führers (Kurdische Arbeiter Partei) Abdullah Öcalan von der „demokratischen Autonomie“, die von Murray Bookchins libertärem Munizipalismus übernommen wurde, war in den letzten Jahren der Anarchismus bei KurdInnen recht populär. Gegenwärtig erscheint das erste kurdische anarchistische Magazin (Qel Reş, – Schwarze Krähe) in Van in der Region Kurdistan. Es gibt auch eine Reihe von AnarchistInnen und örtlichen Kollektiven in kurdischen Städten wie Diyabakir und Van.

Die AKA hat keine „etablierte“ Perspektive zum kurdischen Kampf, aber im allgemeinen glauben wir, daß das kurdische Volk über sein eigenes Schicksal entscheiden können soll. Wir unterstützen die kurdischen GenossInnen sowohl durch Artikel als auch durch das Vertreiben ihres Magazins in Ankara.

WSA: *Welche Wirkung hatte der Konflikt zwischen dem Staat und den bewaffneten linken Gruppen (nicht nur die PKK, sondern auch andere, kleine maoistische Gruppen) auf die sozialen und politischen Bedingungen für AnarchistInnen? Wie könnte eurer Meinung nach ein alternativer anarchistischer Ansatz für die von diesen bewaffneten Gruppen eingesetzten Methoden sein?*

AKA: [erste Antwort] Sicher wurde die Radikalisierung der Leute vor Ort mithilfe dieser Bewegungen beschleunigt, insbesondere durch die PKK. Es ist jedoch sehr schwer, unter diesen (normalen) Leuten eine anarchistische/ anti-autoritäre Propaganda zu machen angesichts des Klimas von sowohl staatlicher Repression als auch des dominanten Diskurses der bewaffneten Guerilla-Bewegungen. Vielleicht könnten Methoden des bürgerlichen Ungehorsams und andere anti-militaristische Methoden wie Wehrdienstverweigerung als alternative Kampfaktiken eingesetzt werden. Tatsächlich ist die Wehrdienstverweigerung auch bei kurdischen Jugendlichen populär geworden, nicht nur mehr bei anarchistischen / anti-autoritären Wehrdienstverweigerern, und kürzlich ist eine separate kurdische anti-militaristische Bewegung entstanden.

AKA: [zweite Antwort] Zunächst muß korrigiert werden, daß der Status Quo nicht mit dem Begriff „Konflikt“ definiert werden kann, sondern vielmehr als „Krieg“ (ein so genannter Krieg mit niedriger Intensität). Mindestens 40.000 Menschen wurden in den letzten 26 Jahren in diesem Krieg getötet. Das letzte Jahrzehnt war von der aggressiven Strategie des Staates gekennzeichnet, die bewaffneten linken Gruppen in den Städten im Westen zu isolieren und sie zur Auflösung zu zwingen. Es ist bekannt, daß auch in den nördlichen Bergen von Kurdistan bewaffnete maoistische Gruppen aktiv sind, insbesondere in der Region Dersim. Dieser Krieg hat beide Seiten, Staat und PKK, polarisiert. Das Hauptziel der PKK wurde von deren Führung als „demokratische Autonomie“ formuliert, was verdeutlicht, daß die Lösung keinen unabhängigen kurdischen Staat schaffen sollte, sondern eine Volksföderation ohne Staat und Kapitalismus (sie nennen das „kapitalistische Modernität“). Das neue Paradigma der demokratischen Autonomie enthält viele Referenzen zu den bekannten Schriften von Anti-Autoritären wie Kropotkin. Es muß jedoch auch gesagt werden, daß es eine fortdauernde Debatte unter AnarchistInnen über die Interpretation des Vorschlags der demokratischen Autonomie gibt.

WSA: *Gibt es eine Geschichte des libertären/ anti-autoritären Kampfes in der Türkei (möglicherweise auch außerhalb der spezifisch anarchistischen Tradition), auf die anarchistische Organisatoren in der Türkei zurückgreifen können, um eine relevante und dynamische Bewegung zu schaffen?*

AKA: Einige Leute sind der Meinung, daß libertäre Ansichten historische Bezüge in der revolutionären Theologie von Scheich Bedrettin sowie in den alevitischen religiösen Gemeinden haben, die sich durch einen einzigartigen Glauben und Lebensweise auszeichnen. Auf der anderen Seite war der klassische Anarchismus auch vor dem Genozid im Jahr 1915 in der armenischen Gemeinschaft populär. Wir haben jedoch nicht viele Informationen über armenische AnarchistInnen aus dieser Zeit (die letzten Jahrzehnte des Osmanischen Reiches).

WSA: *Wir stark sind anarcho-syndikalistische Tendenzen innerhalb der türkischen anarchistischen Bewegung?*

AKA: Unter türkischen AnarchistInnen gibt es nur schwache anarcho-syndikalistische Tendenzen. Obwohl es eine Reihe anarcho-kommunistische Kollektive und ein paar andere gibt, die sich mit Klassenkampf befassen, gibt es keine

fand nicht statt

Lafollette. Am 14. Februar 2011, nach 17 Stunden, in denen die Öffentlichkeit dargelegt hatte, wie dieses Gesetz sie betreffen würde, erkannte die große Gruppe von Menschen im Kapitol, dass ihre Aussagen das Gesetz nicht aufhalten würden und dass sie eigentlich bereits das Kapitol besetzt hielten. Sie entschlossen sich zu bleiben. Gleichzeitig gab es wirkungsvolle „sick-outs“ von Lehrern in Madison und mehreren anderen Schulbezirken – mit anderen Worten inoffizielle Streiks –, die von Studierendenstreiks unterstützt wurden und mehrere Tage dauerten.

Als Reaktion auf diese Aktivitäten gab es ein dringliches Treffen der IWW-Mitglieder im der Region Midwest (Twin Cities St. Paul, Anm. d. Ü., Madison, Chicago), um eine organisierte Antwort und Aktivitäten innerhalb der wachsenden Demonstrationen zu planen. Die Teilnehmenden beschlossen, die absolute Priorität auf den Generalstreik zu legen. Innerhalb dieser Strategie untersuchten sie die besonderen Fähigkeiten des Lokals in Madison, da diese dem Epizentrum am nächsten waren. Die IWW in Madison ist eine relativ kleine und etwas desorganisierte Gruppe, in der nur wenige der vielen Kooperativen in Arbeiterhand organisiert sind, und seit Jahren hatte es keine unabhängige Agitation am Arbeitsplatz mehr gegeben. Trotzdem hat die IWW Madison einige Charakteristika, die vielen IWW-Lokalen fehlt: in der kleinen Gruppe der Mitglieder gibt es viele sogen. „Dual-Carders“, d.h. Personen, die sowohl der IWW als auch einer anderen Gewerkschaft angehören. Diese decken eine breite Palette ab, vom Auszubildenden im Baugewerbe bis hin zu mehreren langjährigen Mitgliedern von Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, die der Linken labor left in Madison alle als im Prinzip zuverlässige Aktivisten bekannt sind. Um den verwendeten Begriff „labor-left“ zu erklären: wir meinen damit die Gruppe, die versucht, die etablierten Gewerkschaftsstrukturen zu nutzen und in diesem Umfeld Koalitionen eingeht; Mitglieder von linken, üblicherweise trotzkistischen, Gruppen sind auf allen Ebenen vereinzelt vertreten. Diese Gruppe kann als Spektrum betrachtet werden, dessen eines Ende eine wirkliche Opposition zur Kolaborationspolitik der Gewerkschaftsführungen darstellt, während das andere Ende eine bloße Pseudo-Opposition ist. Was diese Gruppe eint, ist das Bemühen, die bestehenden Gewerkschaften zu verbessern oder zu übernehmen und

dass sie sich nur selten um eigenständige Arbeiteraktivitäten kümmern, und auch nicht um die strukturellen Fragen, die zu einer Kluft zwischen den üblichen Gewerkschaften und der eigenständigen Arbeiteraktivität geführt haben.

Die am Treffen teilnehmenden IWW-Mitglieder beschlossen, dass diese „Dual-Carders“ auf dem kommenden Treffen der South-Central Federation of Labor (SCFL) zwei Vorschläge unterbreiten sollten: erstens, einen Generalstreik zu befürworten und ein spontanes „Bildungskomitee“ zu schaffen, das die angeschlossenen Lokale darüber informieren konnte, wie sie sich „auf einen Generalstreik vorbereiten“ können, und zweitens, offiziell gegen alle Kürzungen in Walkers Gesetz Stellung zu beziehen. Diese Vorschläge wurden fast einstimmig angenommen.

Der zweite Vorschlag, obwohl weniger dramatisch als der erste, wurde als wichtig erachtet, weil zwei der einflussreichsten Funktionäre der Gewerkschaften des Öffentlichen Diensts in Wisconsin den Gouverneur bereits öffentlich angebettelt hatten, einen Kompromiss zu finden, mit dem sie die Opposition gegen die Kürzungen des neuen Gesetzes dämpfen konnten, auch gegen die Kürzungen der Löhne ihrer Mitglieder, sofern sie ihre kostbaren Betriebsvereinbarungen, den Einzug der Mitgliedsbeiträge und das Tarifrecht nur behalten dürften. Die Dual-Carders der IWW hofften, die Gewerkschaftsmitglieder zu polarisieren, die bereits gegen die verräterische Politik ihrer Funktionäre auf die Straße gegangen waren und es diesen Funktionären zu erschweren, einen „Sieg“ zu akzeptieren, der große Teile der Arbeiterklasse angreifen und unter den Arbeitslosen und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erneut die Ansicht bekräftigen würde, die Gewerkschaften seien nur an den eigenen Mitgliedern interessiert. Der erste Vorschlag erregte bei den Medien und in der Linken die meiste Aufmerksamkeit. 65 Jahre nach dem letzten „offiziellen“ Generalstreik von Arbeitern in Oakland im Jahr 1946 (aber nur fünf Jahre, nachdem MigrantInnen am 1. Mai 2006 in Selbstorganisation eine Arbeitsniederlegung von Küste zu Küste erreicht hatten), gab es hier eine Gewerkschaftsföderation, die den Hintern in der Hose hatte, zum Generalstreik aufzurufen. Trotz der Kritik seitens der AFL-CIO und des Apparats der Demokratischen Partei, die den SCFL-Delegierten vorwarfen, sie gingen mit dem Aufruf zum Generalstreik au-

dersetzungen zwischen linken GegendemonstrantInnen und der zum Schutz der rechten Versammlung eingesetzten Polizei. (...) Eine große Diskrepanz wird auch in den den Statistiken zugrundeliegenden Zahlen sichtbar. Im Unterschied zu den von der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. im Halbjahresrhythmus veröffentlichten Zahlen über rechte Übergriffe, gilt für die Einordnung als linke Straftat ausschließlich die Zählweise der Polizei. So werden beispielsweise Widerstandshandlungen im Rahmen von Sitzblockaden durch die Polizei zu linken Straftaten gezählt, während die tödliche Messerattacke gegen einen 19-jährigen Iraker im vergangenen Oktober vor dem Leipziger Hauptbahnhof durch ein Mitglied der rechten Szene als unpolitisch eingestuft wurde. So verwundert es dann auch nicht, dass sich die Angaben der Opferberatung zu denen des Sächsischen Innenministeriums deutlich unterscheiden. Während das Innenministerium für 2009 insgesamt 98 Gewalttaten zählte, spricht die Opferberatung von 239 rechtsmotivierten Übergriffen, darunter 136 Körperverletzungsdelikten.“

(4) Wie weit die politische Deutungshoheit schon reicht, zeigten Anfang 2011 die Reaktionen auf den Artikel „Wege zum Kommunismus“ der damaligen Vorsitzenden der Linkspartei Gesine Löttsch, die sich durch die Gleichsetzung von Realsozialismus und Kommunismus diffamieren ließ. Ihre Spekulationen wurden damals mit einer plumpen Gleichstellung von Staatskapitalismus/Realsozialismus und theoretischem Kommunismus diffamiert. Obwohl diese Darstellung jeder polit-theoretischen als auch ökonomischen Auffassung entspricht, sah sich die Partei anschließend mit einer Welle künstlicher und echter Entrüstung bis weit ins Lager der Gewerkschaften und Sozialdemokrat*innen konfrontiert. Daraufhin gab sie den Kommunismus-Begriff symbolisch auf und Löttsch selbst schwor der verbotenen Lehre ab.

(5) Siehe dazu: sachsens-demokratie.net und 129-ev.tk

(6) Uns erreichte zu diesem Aufruf noch von mehreren Gruppen solidarische Kritik, die wir annehmen, in der Kürze der Zeit aber leider nicht mehr einarbeiten konnten. Wir danken trotzdem für diese Hilfe und werden den Aufruf für nächstes Jahr mit mehr Akteuren als bisher und in einem transparenteren Verfahren erarbeiten.

Der Generalstreik

Dies ist ein Bericht über die Aktivitäten der Gewerkschaft auf dem Höhepunkt der Proteste in Madison und Wisconsin, geschrieben von zwei IWW-Organisatoren aus anderen Bundesstaaten. Die Version wurde gegenüber dem für die Delegiertenversammlung 2011 eingereichten Text leicht geändert und spiegelt die Meinung der Autoren wider.

Kurz vor dem Valentinstag 2011 kündigte der Gouverneur von Wisconsin, Scott Walker, ein Budget an, das neben einem Paket einschneidender neoliberaler Kürzungen bei den Sozialen Einrichtungen auch eine beispiellose gesetzliche Maßnahme enthielt, mit der Gewerkschaften für staatliche oder städtische Arbeitnehmer praktisch illegal gemacht wurden. Um ein „ausgeglichenes Budget“ zu erreichen, verbot das Gesetz Gewerkschaften und Öffentlichen Einrichtungen, Verhandlungen über Arbeitsbedingungen wie Arbeitssicherheit, Arbeitszeiten, Renten, Krankenversorgung zu führen und erlaubte nur Tarifverhandlungen und erklärte alle Vereinbarungen, die Lohn erhöhungen oberhalb der offiziellen Inflationsrate vorsahen, für illegal, wenn diese nicht durch ein Referendum befürwortet worden waren.

Außerdem sollten Gewerkschaftsbeiträge nicht länger von den Arbeitgebern eingezogen werden können. Schließlich sollten sich Gewerkschaften jedes Jahr einer „Wiederzulassung“ stellen, damit sie als legitime Verhandlungspartner gelten konnten. Zusätzlich sollten alle im öffentlichen Dienst Angestellten Lohnkürzungen von circa 20% hinnehmen! Walker anerkannte dabei von Anfang an die Macht der Arbeiter, den Staat lahmzulegen: gegen einen möglichen Streik bei Gefängniswärtern, die einen großen Teil der öffentlichen Bediensteten in Wisconsin ausmachen, drohte er, die Nationalgarde von Wisconsin als Streikbrecher einzusetzen. Um sich der Loyalität zu versichern, sollten die Gewerkschaften von Polizei und Feuerwehr ihre Tarifrrechte behalten, jedoch auch Lohnkürzungen hinnehmen (obwohl sich dies schließlich änderte).

Dies war ein besonders drastischer Schritt im traditionell gewerkschaftlich orientierten Wisconsin, der Heimat des ersten sozialistischen Abgeordneten im Kongreß und des letzten sozialistischen Bürgermeister in einer Großstadt (Milwaukee) sowie der „progressiven“ Republikaner von „Fighting Bob“

wirkliche anarcho-syndikalistische Gewerkschaft oder ein Kollektiv. Klassenkampf-AnarchistInnen sind Mitglied in linken oder Massengewerkschaften wie die meisten anderen radikalen Linken.

WSA: *Gibt es andere anarchistische Organisationen in Ankara und wenn ja, was machen diese für Arbeit? Könnt ihr auch grob skizzieren, welche erwähnenswerten Projekte oder Kampagnen AnarchistInnen in anderen Städten der Türkei initiiert haben?*

AKA: Es gibt zwei andere anarchistische Kollektive in Ankara. Das eine ist weitgehend unter Studierenden aktiv und befaßt sich mit dem örtlichen antifaschistischen Kampf und antimilitaristischer Propaganda. Das andere hat eine Klassenkampfperspektive und befaßt sich hauptsächlich mit dem Kampf in einem Wohnviertel, in Solidarität mit den Armen.

AnarchistInnen in der Türkei haben die anti-militaristische Bewegung initiiert, die weitgehend von einzelnen Wehrdienstverweigerern abhängt. Die LGBT-Bewegung wurde auch von anarchistischen und anti-autoritären AktivistInnen initiiert und geleitet. Heute sind einige AnarchistInnen in Istanbul und Ankara in der No-Borders-Bewegung und in der Solidarität für ImigrantInnen aktiv. Andere örtliche ökologische Kämpfe (gegen Wasserkraftwerke etc.) werden von anarchistischen Gruppen und Kollektiven unterstützt, sowie auch der Kampf gegen den Globalismus.

WSA: *Die sozialen Bewegungen in der Türkei wurden lange von der autoritären Linken dominiert, insbesondere die Arbeiterinnenbewegung. Meint ihr, daß sich die Menschen vom autoritären Marxismus abwenden und nach libertäreren Alternativen suchen, oder werden sie einfach liberal? Seht ihr ein großes Potential für die Verbreitung von basisdemokratischen oder nicht-hierarchischen Praktiken, die die hierarchischen Praktiken in den sozialen Bewegungen in der Türkei ersetzen könnten?*

AKA: Ein großer Anteil von AnarchistInnen in der Türkei hat einen marxistischen Hintergrund. Einige fanden zum Anarchismus, nachdem sie wegen ihres so genannten undisziplinierten Verhaltens aus ihren Organisationen ausgeschlossen wurden, andere sahen den Autoritarismus als Hindernis auf dem Weg zu Freiheit und Gleichheit und änderten ihre Politik. Der Zerfall der marxistisch-leninistischen Regimes und die Veränderungen in der Türkei zu einer Entwicklung zum richtigen „liberalen, demokratischen“ Staat hatte erhebliche Auswirkungen auf die linken Revolutionäre und hat diese

entweder zum Anarchismus geführt oder zum Liberalismus.

Neue soziale Bewegungen wie die LGBT und feministische, ökologische und anti-militaristische Bewegungen sind besonders offen für nicht-hierarchische Praktiken. Die Organisation nach Affinitätsprinzip ist heute populärer denn je. Aber (autoritäre) linke Parteien und Kollektive können diese Bewegungen immer noch als ihr Territorium ansehen, daher ist es in einigen Fällen etwas schwierig, sich auf der basisdemokratischen Ebene zu organisieren.

WSA: *Wie organisieren sich Trans-Sex-ArbeiterInnen in Ankara (und in der übrigen Türkei) und wie arbeitet die AKA mit ihnen zusammen?*

AKA: Es gibt eine Organisation von Trans-Sex-ArbeiterInnen namens Pembe Hayat (Rosa Leben) in Ankara. Ihr Hauptziel ist es, eine Gewerkschaft zu organisieren. Aufgrund der hohen Mordrate an Trans-Sex-ArbeiterInnen arbeiten sie jedoch verstärkt daran, eine Gesetzgebung gegen Hate-Crimes (Hassverbrechen, d.h. Verbrechen aus weltanschaulichen Gründen z.B. Rassismus oder Homophobie, Anm. d. Red.) umzusetzen. Das ist jetzt ihre oberste Priorität. Sie machen häufig Demonstrationen und geben Presseerklärungen zu diesem Thema heraus. Wir als AnarchistInnen unterstützen ihre Aktionen.

WSA: *Wie organisiert ihr euch im Zusammenhang mit dem türkischen Nationalismus und dem religiösen Konservatismus?*

AKA: Die anarchistische Bewegung in der Türkei kann hauptsächlich organisiert werden, indem sie sich auf dem Campus unter Studierenden eine Basis schafft. Eine Anzahl von ArbeiterInnen oder Arbeitslosen stehen mit den örtlichen Gruppen an den Universitäten in Verbindung. Daneben sind anti-autoritäre Ideale immer noch ein Anziehungspunkt und ziehen Menschen an, die sich aus linken Gruppen lösen. Es ist jedoch schwierig, von einer graduell wachsenden Bewegung in den ArbeiterInnenvierteln zu sprechen. Daher können AnarchistInnen ihre Aktivitäten ohne direkten Konflikt mit der stark nationalistischen Atmosphäre in der Türkei durchführen.

WSA: *Wie wirkt sich die staatliche Repression auf die AKA und die sozialen Bewegungen, in denen ihr arbeitet, aus? Wie verhält sich der türkische Staat gegenüber AnarchistInnen?*

AKA: Es muß gesagt werden, daß die Türkei als moderner kapitalistischer Staat sich seit den letzten acht Jahren in einem Wandel befindet, der den Konflikt zwischen verschiedenen Segmenten der herrschenden Elite offengelegt hat. Während dieser Zeit hat die Repression jedoch immer noch zugenommen. Daher hat sich das Hauptziel des Staates, die Vernichtung der kurdischen Rebellion und ihrer potentiellen Partner, nicht geändert. Der Staat hat in diesem Aspekt seine Ziele sehr spezifisch definiert. Die anarchistische Bewegung in der Türkei hat viele Organisationen, ist jedoch weit davon entfernt, gut organisiert zu sein. Trotzdem beobachtet der Staat die Rolle der AnarchistInnen bei anti-militaristischen Aktivitäten intensiv, da eine mögliche Volksbewegung mit der Forderung nach Frieden als reale Bedrohung des Staates und seines Kampfes gegen die kurdische Rebellion betrachtet wird.

WSA: Sind derzeit Mitglieder oder GenossInnen von euch wegen ihrer politischen Aktivitäten im Gefängnis?

AKA: Im Jahr 2010 wurden vier AnarchistInnen/ Anti-Autoritäre festgenommen und blieben drei Monate in Haft. Drei wurden wegen der Teilnahme an den so genannten Ausschreitungen am 1. Mai 2009 und wegen Angriffe auf die Polizei angeklagt. Der andere wurde wegen Beteiligung an einer anti-militaristischen Demonstration und Mitführens einer tödlichen Waffe angeklagt. Der letzte Fall wurde mit seiner Entlassung auf Bewährung abgeschlossen. Die Verhandlung wegen des 1. Mai läuft noch. Daneben gibt es weitere, laufende Verfahren gegen AnarchistInnen wegen anti-militaristischer Aktivitäten und Soli-Aktivitäten für MigrantInnen.



veranstaltungen durchzuführen. Auch wenn zwar betont wird, dass es um alle Opfer des Nationalsozialismus geht, so ist doch die Priorisierung der Opfer der Bombardierung durch die Datumswahl klar. Dies ist für sich eine deutliche politische Aussage, die die eigentlichen Opfer der faschistischen Terrorherrschaft mit Füßen tritt.

Während am 13. Februar tausende von Bürger*innen, also weit mehr als tatsächlich Zeitzeugen sein dürften, das Gedenken an die Bombennacht begehen, finden sich bei Gedenkveranstaltungen z. B. an die Novemberpogrome von 1938 nur maximal hundert Menschen zusammen. Unserer Meinung nach hat die Geschichte deutscher Städte andere Trauertage zu bieten, um sich der Geschichte bewusst zu werden, als ihre Zerstörung in einem von Deutschland mit unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begonnenen Krieg. Wir plädieren für das Fallenlassen des 13. Februars als Gedenktag abseits von persönlicher Trauer der Angehörigen. Wir erinnern an Massendeportationen, an politische Schauprozesse gegen Widerstandskämpfer*innen, an Erschießungen und Zwangsarbeit und wir feiern die Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai. Wir wollen uns die bedeutenden Tage der Geschichte mit ihrer Grausamkeit oder ihrer bitteren Freude ins Gedächtnis rufen, um die Entwicklungen und die gesellschaftlichen Dynamiken zu verstehen, um uns und andere zu mahnen, die Wiederholung von Krieg, Völkermord, Repressionsterror und Faschismus irgendwann unmöglich zu machen.

Der Kampf um die nachhaltige Verhinderung der Naziaufmärsche im Februar ist daher mehr und mehr nicht nur ein rein antifaschistischer, sondern auch ein anarchistischer Kampf.

Antifaschismus überlassen wir nicht dem Staat! Für ein gutes und gerechtes Leben für alle!

Allgemeines Syndikat Dresden (FAU-IAA/FdA-IFA)

*Unterstützer*innen(6): Karakök Autonome, Schweiz/Türkei (FdA IFA); Libertäres Bündnis Ludwigsburg (FdA IFA); Antinationale.org (FdA IFA); Anarchistische Föderation Berlin (FdA IFA); FAU Stuttgart; ASJ Köln; ASJ Göttingen/Süd-niedersachsen; Libertäre Sozialist_innen Darmstadt (ASJ); AK Libertad, Augsburg; Nigra, anarchistischer Blog; Libertäre Jugend Siegburg; Dirk Lohmeyer (Libertäres Netzwerk Lippe); Syndikalismus.tk (Anarcho-Syndikalistisches Infoportal)*

Erklärung:

FAU = Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union

IAA = Internationale Arbeiterassoziation

*FdA = Forum deutschsprachiger Anarchist*innen*

IFA = Internationale der anarchistischen Föderationen

ASJ = Anarchosyndikalistische Jugend

Fußnoten:

(1) AK Antifa, Indymedia-Feature zum 13. Februar 2009, 10.02.09. – „Im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts wurde die Bombardierung von der DDR-Führung zum Symbol für den angloamerikanischen Luftterror erklärt und mit dem Korea- und später dem Vietnamkrieg in Zusammenhang gestellt. In einem am 13. Februar 1960 veröffentlichten Appell der Bevölkerung Dresdens an die friedliebenden Menschen der Welt wurden nun als schuldig an der Zerstörung Dresdens die westdeutschen Militaristen benannt. Es hieß in diesem Appell: ‘Die zehntausenden Toten unserer Stadt, Millionen Kriegsoffer aller Länder mahnen uns: Nicht zum dritten Mal darf es den westdeutschen Militaristen gelingen, das Leben von vielen Millionen Menschen zu vernichten.’“

(2) Siehe z. B.: <http://www.addn.me/freiraeume/demokratie-preis-ohne-extremismusklausel/>

(3) Alternative Dresden News, Alles wie immer: Verfassungsschutzbericht vorgestellt, 06.07.11 – „Der Bundesinnenminister sprach von einer zunehmenden ‘Gewaltspirale’ bei Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Lagern und verwies auf interne Zahlen seiner Behörde für die ersten fünf Monate dieses Jahres. Obwohl auch die Straftaten mit politisch motiviertem rechtem Hintergrund mit knapp 15% stark gefallen sind, kann von einer Entwarnung nicht die Rede sein. Das Innenministerium führt für 2010 insgesamt 15.905 Straftaten mit rechtem Hintergrund. Damit liegt die Zahl aber nicht, wie das ZDF kürzlich glauben machen wollte, auf einem ähnlichen Niveau wie auf der linken Seite, sondern mehr als viermal höher.“

Im Unterschied zum bundesweiten Trend stiegen im letzten Jahr die von der sächsischen Polizei zu linken Straftaten gezählten Delikte von 89 (2009) auf 128. Ein Grund für den plötzlichen Anstieg liegt vor allem in der Entscheidung sächsischer Gerichte, den Naziaufmarsch am 13. Februar 2010 in unmittelbarer Nähe zum alternativen Szeneviertel Neustadt stattfinden zu lassen. Als Reaktion auf den Gerichtsentscheid kam es im Gebiet um den Neustädter Bahnhof nicht nur zu Blockaden tausender Menschen, sondern auch zu Auseinan-

litisierung der gesamten Bevölkerung, was einer Vernichtung der Demokratie gleichkommt. Deutungshoheit ist daher ein Mittel, um Realitätswahrnehmung bewusst zu konstruieren und ein Denken in bestimmte Richtungen durch die Vernichtung oder Schaffung von Begriffen gesellschaftlich unmöglich zu machen.

Der 13. Februar ist in diesem Sinne Ort und Zeit intensiver ideologischer Auseinandersetzungen für Dresden, Sachsen und ganz Deutschland. Linke und linksradikale/libertäre Initiativen versuchen in diesem Zusammenhang, die Eigenverantwortung der Menschen im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt zu verdeutlichen. Zudem stellt die Organisation von Massenprotesten dieser Ausmaße auch die Fähigkeit zur Selbstorganisation dar und lässt breiten Bevölkerungsschichten Erfahrungen mit Selbstverwaltung, Solidarität, aber auch dem repressiven Charakter des deutschen Staates zu Teil werden.

Da unter dem Gesichtspunkt von Massenprotesten zehntausender Menschen gegen faschistische Großdemonstrationen die jahrelange „Wegschau-Taktik“ der konservativen Akteure immer öfter auch medial als schweigende Zustimmung gewertet wurde, sahen sich die entsprechenden Institutionen in den letzten Jahren gezwungen ihre Taktik zu ändern, um nicht offen als Nazifreunde dazustehen und trotzdem die Rechtsstaatlichkeit gegen „linksextremistische“ Initiativen verteidigen zu können. So rief die Herrschaft 2010 zum ersten Mal eine Menschenkette ins Leben, bei der es den Leuten erlaubt wurde, mit Tillich (Ministerpräsident von Sachsen) und Orosz (OB von Dresden) in Reih’ (und Glied) zu stehen. Diese Aktionsform ist nichts anderes als ein Publicity-Gag, geschützt von tausenden Beamt*innen: Weit ab vom Geschehen wird per Zeichensetzung und (bestenfalls) oberflächlicher Selbstkritik etwas für den angeschlagenen Ruf der Stadt getan. Anschließend kann auch das befriedete Bürgertum für den Rest des Jahres aufatmen, haben doch ein paar Stunden Händchenhalten eindrücklich bewiesen, dass ja eigentlich alle etwas gegen Nazis haben. Eine Analyse tatsächlicher rechter Ideologien und die Prüfung auf ein Vorhandensein in der so genannten Mitte finden dabei ebenso wenig statt wie die Wahrnehmung des tatsächlichen Ausmaßes militant-rechter Übergriffe und Strukturen. Die nationalstaatlichen Institutionen integrieren dabei den Protest der gemäßigten Empörten und kompensieren ihn in einem kontrollierbaren Rahmen.

Weder die Menschenkette, noch andere symbolische Akte können und sollen die Neo-Nazis wirklich aufhalten, genauso

wenig wie es reichen würde, einen faschistischen Aufmarsch zu blockieren, um die Grundlage für die Ausbreitung rechter Ressentiments zu beseitigen.

Auseinandersetzungen mit Repressionsorganen

Auch Staatsanwaltschaft, Bereitschaftspolizei und BKA leisten gute Zuarbeit zu den Kampagnen und gehen seit 2009 immer härter gegen Antifaschist*innen und Linksradikale/Libertäre vor. Dies äußert sich in steigenden Verletztenzahlen bei entsprechenden Demonstrationen, da Polizeieinheiten immer schneller zum Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken neigen, an einer steigenden Zahl von Observationen und Hausdurchsuchungen und nicht zuletzt an dem Großverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) gegen Antifaschist*innen. Letzteres führte im Übrigen bis jetzt zu keinen nennenswerten Ergebnissen (5).

Während linksmotivierte Delikte in Sachsen vor allem aus Street-Art, Widerstand und Verweigerung gegen polizeiliche Maßnahmen und tausende Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Rahmen des 13. Februars bestehen, sind gewalttätige Übergriffe von Rechten gegen verhasste Menschengruppen an der Tagesordnung. Die Folgen sind oft schwere Körperverletzungen, z. T. sogar der Tod (wie im jüngst bekanntgewordenen Beispiel der Nazigruppe „NSU“). Die Tatsache, dass bei Regierung und Repressionsbehörden die Infragestellung von Eigentum und Staatlichkeit scheinbar bedrohlicher ist als die von Menschenleben, spricht für sich. Naziaufmarsch und Gedenktrauermärschen beenden

Das Ziel, die Neo-Naziaufmärsche in Dresden zu beenden, eint verschiedenste Interessengruppen. Die einen sehen im alljährlichen Spektakel eine schlechte Werbung für ihren Wirtschaftsstandort, andere fühlen sich davon schlicht genervt und bedroht. Wieder andere befürchten, dass durch die Gegenproteste die Stärke und der Zusammenhalt linker Menschen und Gruppen in der Stadt wachsen. Unsere Gründe liegen anders. Im Kampf für Menschlichkeit und ein gutes Leben für alle Menschen stellen wir uns selbstverständlich den größten Feinden der Menschlichkeit in den Weg. Dabei ist uns bewusst, dass der Aufmarsch für die Nazis Werbung und Selbstbestätigung darstellt, die gravierende rechtsradikale Politisierung jedoch alltäglich stattfindet.

Aber auch das offizielle Gedenken sollte kritisch hinterfragt werden. Der 13. Februar ist unserer Meinung nach durch die vielfältigen Versuche diesen politisch zu instrumentalisieren ein problematisches Datum, um große öffentliche Gedenk-

Massaker an Ölarbeiter_innen in Zhanaosen - aktuelle Situation in Kasachstan

Ein Bericht zur Lage in Kasachstan auf Grundlage von Medienberichten und einem Interview mit einem kasachischen Genossen. - von jt/afb

Am 16. Dezember kam es in der west-kasachischen Hafenstadt Zhanaosen zu einer Großdemonstration von mehr als 3.000 Ölarbeiter_innen, die bereits seit Mai 2011 für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und die Wiedereinstellung entlassener Kolleg_innen streikten. Die Demonstrant_innen nutzten den 16. Dezember, an dem jedes Jahr die Unabhängigkeitsfeiern Kasachstans stattfinden, um ihren Forderungen mehr Gehör zu verschaffen. Dabei kam es auch zum Wurf von Molotov-Cocktails auf Gebäude des Ölkonzerns. Öllager wurden in Brand gesteckt und Bahnstrecken teilweise blockiert. Die Polizei reagierte mit einem massiven Einsatz und machte dabei auch von scharfer Munition Gebrauch. Ein privat gefilmtes Video, das bei Youtube hochgestellt wurde, zeigt eindrücklich die Brutalität des Polizeieinsatzes (1). War Ende Dezember noch von 70 bis 100 Toten (2) die Rede, sprechen die Medien aktuell (3) von 16 Toten – aber auch 16 Tote stellen ein fürchterliches Massaker dar, das wohl straffrei bleiben wird.

Bereits kurz nach dem Vorfall machte die kasachische Regierung unter dem autokratischen (und bereits seit 1991 regierenden) Präsidenten Nursultan Nasarbajew die Arbeiter_innen für die Eskalation verantwortlich und beschuldigte diese, Randalierer_innen zu sein, die ein „Massenchaos“ erzeugt hätten. Alternativ werden ausländische Kräften angeführt, die das Land destabilisieren möchten. Im Extremfall gibt es auch entsprechende antisemitische Theorien, mit denen der Vorfall erklärt wird.

Unser kasachischer Genosse Syndikat berichtet, dass der Staat ganz konkrete repressive Maßnahmen ergriffen hätte: „Es wurde ein Ausnahmezustand mit Ausgangssperre verhängt. Darüber hinaus war das Internet in der gesamten Region blockiert. Dasselbe gilt für das Handynetz. Beide wurden abgeschaltet. Landesweit funktionierte das Internet zwar, der Staat blockierte jedoch gezielt oppositionelle Seiten – und das mehrere Tage lang. Sie versuchten alles in ihrer Macht stehende, damit keine alternativen Schilderungen zum Massaker in Umlauf kommen konnten.“

Befördert wird die Desinformation im Land durch die Tat-

sache, dass es in Kasachstan praktisch keine unabhängige Presse gibt (4). Die legale Presse, die gerne am „Mythos einer besonders stabilen Region“ strickt, so Syndikat, schilderte das Ganze hauptsächlich als Ergebnis externer Kräfte. Die einzige Möglichkeit, andere Sichtweisen zum Geschehen zu erhalten, bestünde in den Berichten eines in Kasachstan verbotenen Fernsehsenders und im Lesen oppositioneller Tageszeitungen, die tatsächlich vom Ausland aus operieren, in Kasachstan aber zu empfangen bzw. in illegalisierter Form im Umlauf sind.

Der Streik wurde nach dem Massaker offiziell für beendet erklärt. Einige der zuvor entlassenen Arbeiter_innen erhielten tatsächlich ihre Jobs zurück. Von linker Seite wird allerdings befürchtet, dass dies ein Pyrrhussieg sein könnte, weil eventuell noch repressive Maßnahmen folgen könnten, bei der vermeintliche Anführer_innen der Randalie verhaftet und verurteilt werden.

Von offizieller Seite wurde zwar die Einsetzung einer Untersuchungskommission zum Vorfall in Zhanaosen zugesagt, doch die oben zitierte Haltung der Regierung bezüglich des Massakers lässt bereits erahnen, zu welchen Ergebnissen diese Kommission kommen wird. Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom vergangenen 15. Januar – bei denen zum ersten Mal zwei oppositionelle Parteien überhaupt die 7%-Hürde genommen haben, die Regierungspartei jedoch 80,4% der Stimmen erhalten haben soll – wurde von der OSZE scharf kritisiert (5) und macht noch einmal klar, in welche Richtung es auch weiterhin in Kasachstan gehen wird.

(1) Youtube-Video (hochgeladen am 25. Dezember 2011): www.youtube.com/watch?v=Ff1AkrGj_xQ

(2) FAU-Presseerklärung (17. Dezember 2011): www.fau.org/artikel/art_111217-051314

(3) Neues Deutschland (12. Januar 2012): <http://www.neues-deutschland.de/artikel/215386.schanaosen-doch-zur-wahl-zugelassen.html>

(4) Wikipedia (aufgerufen am 16. Januar 2012): de.wikipedia.org/wiki/Kasachstan#Medien

(5) Tagesschau.de (16. Januar 2012): <http://www.tagesschau.de/ausland/kasachstan134.html>

Auch als Audio verfügbar unter: aradio.blogspot.de

Nationalismus und Widerstand in Russland

Aus aktuellem Anlass – den Protesten gegen die Dumawahlen in der Russischen Föderationen und deren Vereinnahmung durch nationalistische Führungskader – veröffentlichte die ASJ Göttingen/Süd-niedersachsen einen Artikel zu Kontinuitäten nationalistischen Denkens in Russland sowie zur antifaschistischen Gegenwehr.*

Blick in den Osten

Es ist viel die Rede von den harten Verhältnissen im Osten. Selbst in den Medien ist trotz der intensiven Beziehungsarbeit zwischen der BRD und der Russischen Föderation auf politischer und insbesondere wirtschaftlicher Ebene des öfteren Kritik am autoritären Regime Wladimir Putins zu hören, der trotz seiner nicht ganz so machtvollen Postion als Ministerpräsident alle Fäden in der Hand hält bzw. nach den kommenden Wahlen im Winter 2011/12 wohl auch wieder offiziell als Präsident halten wird. Jedoch ist das Bild des autoritären „Putin-Russlands“ verkürzt, macht es die gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland doch nur von einem autoritären Staatsführer abhängig.

Nationalismus in Russland

Dass Autoritarismus und Nationalismus jedoch gesellschaftlich in voller Breite getragen werden, hat jüngst der 4. November bewiesen. Jener Tag durchlebt seit 2005 eine beeindruckende Inwertsetzung, nämlich zu einem der höchsten nationalen Feiertage. Oder wie es offiziell heißt, dem „Tag der nationalen Einheit“. Im Jahre 1612 wurde die Besetzung Moskaus beendet, die in Folge eines polnisch-litauischen Aufstandes geschehen war. Das besondere dabei ist, dass die russischen Streitkräfte das erste mal nicht auf Anweisung eines Zaren handelten, sondern vereint unter dem Banner der heiligen Kazaner Ikone die Besatzer vertrieben. Eine ideale Vorlage für die Inszenierung nationaler Einheit wo soviel zusammenkommt, was der nationalistischen Ideen eines zu schaffenden neuen Russlands dienlich ist. Mit Rückenwind des Glaubens kämpft das Volk vereint für Freiheit, zudem auch noch gegen die in zaristischer wie sowjetischer Zeit stets unbeliebten Polen und Balten. Erstaunlicherweise ist

das alles erst seit kurzen bekannt, denn der Tag selber wird durch einem Dumabeschluss Ende 2004 als nationaler Feiertag eingeführt. Insbesondere LDPR Anführer Wladimir Schirinowski war auf der Suche nach Ersatz für den Feiertag der Revolution am 7. November, der offiziell, aber auch in den Köpfen der Bevölkerung nach wie vor als Feiertag galt. Schirinowski war einer der Leute, die sich an den alten zaristischen Gedenktag erinnerten und ihn wiederbelebten. Der Status des gesetzlichen Feiertages wurde dem 7. November sowie dem 12. Dezember, dem Tag der Verfassung, aberkannt und der 4. November erfunden. Da viele Leute nach wie vor nicht so recht wissen, wofür dieser neue Feiertag eigentlich steht, ist die Bühne für jegliche nationalistische Interpretation eröffnet. Der 4. November gibt damit einen guten Einblick in die Verhältnisse in Russland

Russland den Russen

Neben den zahlreichen medial inszenierten Lobgesänge auf die russische Nation durch allerhand politische Größen des Landes an diesem Tag, ist der Tag insbesondere durch den „Русский Марш“ -also dem „Russischen Marsch“- geprägt, der an diesem Tag in der Mehrheit der russischen Städte durchgeführt wird. Unter der alten Flagge der zaristischen Kriegsflagge marschiert die komplette Bandbreite der russischen Rechten auf, um auf eigene Weise die nationale Einheit zu feiern und viel mehr noch auf die Vielzahl an Bedrohung der russischen Nation hinzuweisen. Denn wichtig zu wissen ist, dass es für das Adjektiv „russisch“ in der russischen Sprach zwei Worte mit unterschiedlicher Bedeutung gibt: „русский“ ist was wahrscheinlich die meisten kennen, ohne jedoch zu wissen, dass dies nur alles ethnisch bzw. ursprünglich russisches bezeichnet. Für russisch sein im globaleren Sinne gibt es das Wort „россия“ (eine wichtige Info übrigens für alle Antifas, die ihre Solidarität mit russischen Antifas authentisch mit russischen Solitranspisp etc. ausdrücken wollen. Meistens wird von „русские антифашисты“ geschrieben, was sich nur auf die ethnisch russischen Antifas bezieht. Das kommt bei den vielen Nationalbolschewist_innen in RU gut an, verfehlt aber jene, an die es eigentlich adressiert war). Dass also an einem der Tag der „nationalen Einheit“ ein „Русский

Vorsätzen auf Dresdner Strassen!¶

Mythos und Auseinandersetzung mit konservativem Bürgertum

Politische Kämpfe um gesellschaftlichen Einfluss sind immer auch Kämpfe über begriffliche und historische Deutungs-hoheit. Die Bewertung und der Umgang mit der Bombardierung Dresdens war seit jeher ein wichtiger Gegenstand verschiedener machtpolitischer Interessen. Bereits die Nationalsozialist*innen versuchten die Luftangriffe auf Dresden zu einem riesigen Kriegsverbrechen zu stilisieren und die Bevölkerung damit zum Endkampf gegen die Alliierten anzustacheln. In der DDR und der SU wurde weiterhin mit der Übertreibung der Opferzahl und dem Mythos von der harmlosen, kriegsunrelevanten Kulturhauptstadt argumentiert, um somit die Westalliierten als grausame Kriegsführer zu diffamieren und diesen die „ehrenvolle Rote Armee“ entgegenzustellen. Zudem wurde die Bombardierung als eine Art gewollte Einschüchterung des Ostblocks durch die Westmächte interpretiert. Die Gedenkveranstaltungen wurden vorrangig für SED-Agitationskundgebungen gegen „den Westen“ genutzt (1).

In den letzten Jahren konnten linksradikale, libertäre und zivilgesellschaftliche Kräfte den konservativen Lagern, vor allem vertreten durch die CDU und die Frauenkirchenstiftung, einige Zugeständnisse in ihrem Umgang mit dem Jahrestag im Februar abringen. So wird mittlerweile immer der Kontext der Bombardierung erwähnt. Auch die haltlose Behauptung, Dresden hätte keine kriegserhaltenden Funktionen übernommen, wird von dieser Seite nicht mehr offen verbreitet. Bezüglich der Opferzahlen wurden durch die Einsetzung einer Historiker*innenkommission neue Erkenntnisse gewonnen. So wird heute anstatt der Nazizahl, die von 300.000 Toten berichtete, mittlerweile offiziell von 25.000 Getöteten ausgegangen. In einem jahrelangen Diskurs ist es gelungen, die vorherrschenden meinungsbildenden Institutionen zu dem Bekenntnis zu bewegen, dass weite Teile der damaligen Dresdner Bevölkerung für die Verbrechen im Nationalsozialismus mitverantwortlich waren. Diese Tatsache prägt die heutige bürgerliche Gedenkkultur, die sich nicht mehr alleine mit der Trauer um die Opfer des Bombenangriffs beschäftigen darf.

Die Konservativen ihrerseits haben mit der Etablierung des Begriffs Extremismus für verschiedenste radikale Ideologien und Gesinnungen einen großen Sieg errungen. Der Begriff ist heute so stark im politischen Diskurs verwurzelt, dass er von Medien und sogar von vielen antifaschistischen Gruppen unhinterfragt verwendet wird. Gleichsam gelang es, die sogenannte Mitte, vor allem als Synonym der ideologischen Anhänger*innen der herrschenden Partei (in Sachsen meist die CDU) gebraucht, als einzige freiheitlich-denkende Gesellschaftsschicht zu stilisieren. Alle Positionen, die sich von der vorgegebenen Mitte entfernen, bedrohen nach dieser Logik die bürgerlich-parlamentarisch definierten Freiheitsbegriff. Bis jetzt ist es in Sachsen kaum gelungen, dieser totalitären Ideologie etwas Wirksames entgegen zu setzen. Es gelang nur vereinzelt, sich den größten Blüten, wie der Extremismusklausel, z. T. zivilgesellschaftlich zu entziehen (2). Vielmehr ist aber von Zivilgesellschaft bis hin zu linksradikalen Kräften verbaler Untertanengeist zu vernehmen. So betonten in den letzten Jahren Initiativen, die sich z. B. antifaschistisch betätigen, immer wieder ihre Treue zu Grundgesetz und Demokratie, obwohl sich darunter durchaus Gruppen und Einzelpersonen befinden, die freiheitlichere Gesellschaftsformen anstreben. Durch dieses Vorgehen spalten sich gemäßigte/parlamentarische Linke selbst von revolutionären und libertären Bewegungen ab, was zu einer politischen Lähmung aller führt.

Gleichzeitig werden die Straftaten durch Linksradikale und Libertäre im Vergleich zu denen von rechter Seite im bürgerlichen Diskurs überhöht und Angst vor linkem Terror geschürt. Dazu wird der Auftritt in Medien genutzt, der durch die Regierungsämtler der Konservativen wesentlich leichter realisierbar ist als für Politiker*innen der Opposition oder gar außer- und antiparlamentarischer Bewegungen. So wird in den Publikationen und Statements von CDU und FDP über Rechtsradikalismus auch immer die Gefahr von links hervorgehoben. Gleichsam werden Kriminalstatistiken äußerst eigenwillig interpretiert (3) und Verweise auf die Publikationen des Verfassungsschutzes geliefert. Dieser wiederum publiziert nach den Maßstäben der konservativen und CDU-nahen Politologen Jesse (TU Chemnitz) und Backes (TU Dresden). Zusammenfassend kriminalisiert die Extremismusideologie alle politischen Meinungen außer der durch die Regierung vorgegebenen (4). Dies führt zu einer grundlegenden Entpo-

2012 mit anarchistischen

Anarchistische Gruppen und Projekte rufen zur Verhinderung der Dresdner Naziaufmärsche im Februar auf

Wie in jedem Jahr wollen Neo-Nazis im Februar wieder zwei Aufmärsche in Dresden durchführen. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“, das von bürgerlich-linken über emanzipatorische Antifa-Gruppen bis hin zu autoritär-kommunistischen Organisationen reicht, mobilisiert bereits seit einigen Monaten um die rechten Demonstrationen zu blockieren. Ein Aufruf des linksradikalen Bündnisses „No Pasaran“ blieb bis jetzt für dieses Jahr aus. Dafür melden sich erstmals explizit anarchistische Gruppen, Projekte, Gewerkschaften und Einzelpersonen zu Wort und kritisieren sowohl den Naziaufmarsch als auch Repression und konservative Ideologien. Der Mobilisierungstext, der vom Allgemeinen Syndikat Dresden (FAU-IAA/FdA-IFA) ausgeht, will dazu einladen, sich stärker mit anarchistischen Standpunkten zu positionieren und perspektivisch unabhängige Mobilisierungsbündnisse auf die Beine zu stellen. Er kann auch nachträglich unterzeichnet werden. 2012 mit anarchistischen Vorsätzen auf Dresdner Straßen! Als Anarchist*innen treten wir für eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Gewalt des Menschen über den Menschen ein. Das schließt den Kampf gegen jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, physische und psychische Gewalt gegen Menschen und Diskriminierungen z. B. aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Aussehen, Sexualität ein. Als Mitglieder verschiedener Kampforganisationen der lohnabhängigen Klasse sind wir bemüht, wirtschaftliche Gesetze für die Bevölkerung transparent zu machen, damit wir uns so in Theorie und Praxis zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung selbst ermächtigen können. Der Kampf gegen die Ideologien des Faschismus und der des Führerkultes Nationalsozialismus als schlimmste Formen menschenverachtenden Denkens stellt für uns daher eine Selbstverständlichkeit dar. Wir möchten mit diesem Aufruf dazu ermutigen, sich den Neonazi-Aufmärschen am 13. und 18. Februar in Dresden unter einem anarchistischen Blickwinkel in den Weg zu stellen.



An den Aktionen beteiligten sich auch Menschen aus dem Umfeld der Libertären Netzwerks Dresden. Allgemein war die Unterstützung libertärer Gruppen für diese selbstorganisierten Sozial-Proteste allerdings eher gering. Im Februar wollen die Organisatoren „den Antinaziprotesten dem Raum geben,“ der „diesen Protesten gebührt“. Für den 9. März plant das Macht?Schule.Bildung!- Bündnis eine Nachttanzdemo durch die Stadt. Diese Aktionsform wurde 2009 vom AK Freiraum /Libertäres Netzwerk Dresden zum ersten mal in Dresden angewandt und konnte beim ersten mal 600, beim 2. mal über 1200 Menschen für selbstverwaltete, anarchistische Freiräume auf die Straße locken. Eine solidarische Unterstützung mit Demo-Werbung, Soundsystemen, Transparenten und Performences von libertärer Seite könnte daher auch dem Bündnis unter die Arme greifen.

Auch für Juli wird schon geplant: Hier will M?S.B! eine große Beteiligung an sachsenweiten Schüler*innenprotesten erreichen.

Zeigt euch solidarisch mit den Schüler*innen!

Mehr Infos unter: macht-schule-bildung.de

Марш“ also ein Marsch explizit nur für die „echten“ Russen durchgeführt wird, zeigt worum es eigentlich geht. Das überdimensionale „Russland den Russen“ Transparent bei dem diesjährigen größten Aufmarsch in Moskau bringt dies bestens zum Ausdruck, denn seitens der Nationa list*innen wird stets von der Bedrohung der russischen Nation gesprochen, meistens durch Muslime oder „Südler“, Tschetschenen aber auch durch Juden, den Westen oder „die Amerikaner“, welche wahlweise Russland erniedrigen, schaden oder ausradieren wollen. Als Gegenstrategie wird dann beispielsweise vorgeschlagen, die Regionen des Kaukasus bis hin zur Türkei in einem neuen Groß-Russischen Reich zu vereinnahmen. Solche kruden nationalistischen Phantasien kennt mensch zwar auch von einigen hiesigen Nationalist*innen, in Russland werden derartige Verschwörungstheorien und Weltbilder jedoch in ganzer gesellschaftlicher Breite produziert und rezipiert. Denn derartige Großreichphantasien kommen nicht von irgendwo her, sondern sind dem Denken des bereits angesprochenen Wladimir Schirinowski entsprungen, seines Zeichens nicht nur studierter Turkologe sondern auch noch Chef einer großen russischen Partei. Dabei ist Schirinowski als national-liberaler noch von der gemäßigteren Sorte, das Organisationskomitee des russischen Marsches, bestehend aus Eurasischem Jugendrat, Nationaler Rat, Bewegung gegen illegale Migration, Russische, National-souveräne Partei Russlands, Nationalpatriotische Front „Erinnerung“, Russisch-Nationaler Rat, Slawischer Rat und Rat der russischen Heimat bietet für jegliche Spielart nationalistischen Denkens Anknüpfungspunkte. Seien es Eurasist_innen, die nach der Schaffung einer europäisch-asiatischen Weltmacht streben, Panslawisten die auf die Vereinigung aller Slawen hinarbeiten oder jene die sich dem angeblichen Problem der ungehinderten Migration selbst annehmen. Bei diesem Pflichttermin des nationalistischen Spektrums findet vom klerikalen Patrioten bis zum national-sozialistischen Ultrarechten alles zusammen.

Der rechte Rand in Russland

Allein dieses kurze Beispiel illustriert schon recht gut, wie komplex die Situation des Nationalismus in Russland ist und, dass es um weit mehr geht als Fascho-Schläger und beinharte Antifas. Die Gewalttätigkeit der nationalistischen Hassverbrechen in Russland ist zwar jedes mal auf neue erschütternd, doch sollte dies nicht den Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen diese Verbrechen an der Menschlichkeit geschehen, verstellen. Denn allzu schnell wird nur noch über

Nazischläger*innen gesprochen und sich automatisch einem Gesamtblick auf die Situation versperrt. Besonders anschaulich ist dies bei einer faschistischen Mordserie in der russischen Provinz zu beobachten. In der Hauptstadt des sog. zentralen Schwarzerdgebietes wurden zwischen 2003 und 2005 drei Gast-Studierende aus Südamerika ermordet. Selbst für die Medien, die sonst intensiv die Propaganda, es gäbe keine faschistischen Gesinnungen in Russland unterstützen, konnten nicht unter den Tisch kehren, dass es sich um fremdenfeindliche Morde handelte. Während es in den Jahren zuvor bereits nicht zu übersehen war, dass die Fanszene des lokalen Hockeyvereins klar rechts außen steht, nationalistische Jugendmilizen durch die Innenstadt patrouillierten, Punk und Skinkonzerte regelmäßig angegriffen wurden und jene, die nicht in das Bild des Bio-Russen passten allgegenwärtiger Diskriminierung ausgesetzt waren, musste nun öffentlich festgestellt werden, dass es doch Probleme in der Stadt gibt. Nach den üblichen Betroffensheits- und Verurteilungsbekundungen war jedoch sehr schnell klar, dass es sich um Jugendgangs der ungebildeten Unterschicht handeln müsse, welche diese Tat begangen haben. Diese Auffassung hält sich bei den Offiziellen bis heute, gepaart mit der Meinung, das Probleme liege daran, dass in diesen Jahren der staatliche Einfluss auf Jugendliche noch nicht stark genug war.

Bei der Täter_innengruppe handelte es sich aber keineswegs um irgendeine Unterschichtgang. Der mutmaßliche Mörder ist Student an der Pädagogischen Hochschule und hat mit Unterschichtkids wenig am Hut. Darüber hinaus handelt es sich auch nicht um irgendeine Jugendgang, sondern um einen Teil einer Art regionalen, nationalistisch / faschistoiden Netzwerks.

Die Täter_innengruppe selber war bereits lange Zeit aktiv als Fußtruppe einer ganzen Reihe nationalistischer Vordenker_innen, welche zugleich die Führungsetage der Fakultät für Politikwissenschaften bildeten. Jenes Netzwerk ist Produkt der jungen russischen Föderation, in deren Anfangsjahren eine enormer Hinwendung zu nationalistischem Gedankengut zu verzeichnen ist und zahlreiche nationalistische Gruppen und Strukturen aus dem Boden schossen.

Gestützt werden diese Tendenzen vor allem von der Angst vor einem Auseinanderdriften des russischen Großreichs. Durch den politischen und ökonomischen Zusammenbruch der Sowjetunion war gerade in den peripheren Sowjetrepubliken die Chance nationaler Unabhängigkeit gegeben und damit weitere Destabilisierung des russischen Zentrums möglich. Neben dem Hass gegen den Westen wurde vor allem

Hass gegen den Zuzug in das russische Zentrum geschürt. Da der wirtschaftliche Zusammenbruch besonders in den südrussischen Gebieten, dem Kaukasus sowie dem südlichen, asiatischen Teil Russland zu spüren war, verließen zahlreiche Menschen aufgrund von Fabrikmassenschließungen ihre Wohnorte und zogen Richtung Eurorussland. In dieser Zeit findet auch die Gründung zahlreicher russisch-nationalistischer Organisationen statt, wobei die größte und aktivste die „Движение Против Нелегальной Иммиграции – ДПНИ“ „Bewegung gegen illegale Immigration – DPNI“ darstellt. Wohlgeachtet ist dies eine Organisation, die den Umzug von per Pass als Russen definierte Russ_innen aus dem Südosten in den Nordwesten als illegale Immigration erklärt und diese auf mehreren Ebenen und Wegen bekämpft. Zum einen arbeitet DPNI intensiv an den gesellschaftlichen Diskursen, indem sie das negative Bild des „Südlers“ oder Kaukasiers schafft und diesen als die Bedrohung Russlands darstellt. Unterstützt wird dies auch dadurch, dass ein Großteil der sog. Südlar Muslime sind und dementsprechend als Fremde, die das russische Kernland infiltrieren, interpretiert werden. Doch neben den Diskursen die diese „offiziellen“ Organisationen mitproduzieren, tritt das DPNI Umfeld analog zu einigen anderen nationalistischen Bewegungen auch direkt und praktisch der von ihnen kritisierten Migration entgegen. So haben die Vordenker_innen der Bewegung von Anfang an gezielt Fußtruppen aufgebaut, die als eine Art Jugendmiliz durch die Nachbarschaften zieht und dort eventuell zugezogene Anwohner_innen einschüchtert oder, wie im Fall der drei Morde, gezielt Jagd auf jene macht, die nicht in das Bild des_der nordeuropäischen Russ_en_in passen. Oftmals wird der direkte Kontakt zu nationalistisch gesinnten Fußball oder Hockeyfans bzw. -hooligans gesucht, die dann für die Kaderarbeit der rechten Schlägertruppe aktiviert werden.

Faschismus gibt es hier nicht

Obwohl Gruppierungen wie DPNI klar rassistisch und faschistisch denken und agieren, sind sie lange nicht als derartig gesinnte Gruppen wahrgenommen worden. Denn allein die Teilnahme an einer 8. Mai Siegesdemonstration reicht in Russland aus, um als Antifaschist_in angesehen zu werden und alle anderen Äußerungen und Taten zu entschuldigen. Somit konnte sich die nationalistische Szene weitestgehend ungestört entwickeln und zahlreiche Strukturen aufbauen. Doch die große Affinitäten mit nationalistischem Gedankengut ist kein Zufall, sondern hat zahlreiche begünstigende Faktoren. Gerade auch die Schulbildung ist geprägt von der Vermittlung heroischer Motive der russischen Geschichte. Es

gibt in der Geschichtswissenschaft keine Distanz, sondern es wird in Lehrbücher und Diskursen stets von einem historischen „Wir“ gesprochen. „Wir Russen haben den Aufstand verhindert.“ „Wir, das russische Volk haben den Faschismus besiegt.“ „Wir waren die ersten im All“ Die Auswüchse des ganzen zeigen sich am Beispiel Lew Gumlins, dessen Theorie, die menschliche Geschichte sei geprägt durch die Kampf verschiedener Stämme gegeneinander, welcher durch biologische Impulse in Folge kosmische Strahlung hervorgerufen werde, Bestandteil des Geschichtsunterrichts an russischen Oberschulen ist. Dies zeigt, dass nationalistische Diskurse institutionalisiert sind und so Wirkung in allen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens entfalten können. Darüber hinaus geht dies nicht von einigen marginalisierten Gruppen aus, sondern die Theoretiker_innen dieser Ideen sitzen direkt in Positionen von denen aus sie unmittelbar die Diskurse mitgestalten können und aus ihrer Ideologie auch Praxis ableiten können. Gepaart mit der direkten Verzahnung mit gewalttätigen Jungfaschos ist dies eine aktionsfähige und aktionsbereite Bewegung. Erst durch die mehrfachen Morde, deren fremdenfeindliches Motiv kaum mehr verkannt werden konnte und der sich bis dahin langsam entwickelten antifaschistischen Bewegung, traten geringfügige Veränderungen ein. Der gesellschaftliche Druck stieg und auch einem ganzen Teil des nationalistischen Lagers ging die eigenständige Aktion der Nazihools zu weit. Im weiteren Verlauf trennten sich die Vordenker_innen von ihren Fußtruppen und stießen sie regelrecht ab. Heute engagieren sich sogar einige der Wortführer eines „Russland den Russen“ in Kommissionen gegen Rechtsextremismus und verwalten Gelder und Maßnahmen gegen ihre ehemaligen Ziehkinder. Natürlich engagieren sie sich aber nicht in der vollen Konsequenz, sondern versuchen die eigenständig gewordenen zu domestizieren und zugleich auch die eigenen nationalistischen Diskurse gegen etwaige ungewollte Entwicklungen abzusichern.

Hierbei ist zu sehen mit welcher komplexen Situation Antifaschist_innen in Russland zu tun haben und welche Notwendigkeit eines breit aufgestellten, antifaschistischen Engagements besteht.

Denn die Entwicklung der russischen linksradikalen und antifaschistischen Szene ist gerade durch die massive Präsenz nationalistischen und faschistischen Denkens geprägt und beeinflusst.

Antifaschistische Gegenwehr organisiert sich

Die Abwendung vom autoritären Kommunismus brachte viele Jugendliche schnell mit anarchistischen oder libertär-

Demo in Dresden

am 18.01.12. Der nächste Redebeitrag war wieder aus dem Kreis der Demoorganisation und sollte das Thema Finanzen behandeln. Der Redner stellte dabei den Vorteil der Geldentwicklung als Mittel des leichteren Tausches dar und beklagte an der heutigen Geldwirtschaft einzig die Entkopplung der Finanzen von realen Gegenwert (z.B. Gold) und die Möglichkeit der Verzinsung. Auch hier wurde wieder Ursache und Wirkung verkehrt. Das die Entkopplung von Gold- und Geldwert eine Reaktion auf die Absatz- und Produktionskrise der 70er Jahre war blieb ebenso unerwähnt wie die Rolle von Warenwert und dem Absatz-/Nachfrage-Prinzip für die soziale Ungerechtigkeit und globale Not.

Als letztes redete ein Einzelmitglied des Allgemeinen Syndikats Dresden. Zunächst stellte er kurz die kapitalistische Freiheit und die Gründe warum diese nicht zur Befriedigung und wirklichen Handlungsfreiheit führen können, dar. Ebenso distanzierte er sich von der ökonomischen Analyse des Vorredners und dem Begriff „Volk“ aus dem ersten Redebeitrag. Er forderte die Ersetzung des Staates durch Organe der bedürfnisorientierten Selbstorganisation und die gleiche Verteilung der globalen Güter, unabhängig von Status und Leistung. Am Ende forderte er zur Gründung und Beteiligung an Bildungs- und Diskussionsgruppen, selbstverwalteten Medien, Stadtteilinitiativen, Schul- und Betriebsgruppen auf um die Befähigung für kollektives Handeln zu erlangen, sich über Interessen verständigen und diese gegen Staat und Kapital z.B. mittels Streiks und Massendemonstrationen durchsetzen zu können. Der Beitrag schloss mit den Worten „Für die soziale Revolution!“ und wurde für den sonstigen Charakter der Demonstration erstaunlich intensiv beklatscht.

Nach wenigen Wortmeldungen im Rahmen des offenen Mikrofons fand die Veranstaltung dann ihr Ende. Für die Organisator*innen dürfte sie ein herber Rückschlag gewesen sein, nach dem sich bei der letzten Demonstration im Oktober über 1000 Menschen zusammen fanden.

Dresden blieb sitzen! – 2000 Schüler*innen protestieren kreativ gegen Schulnetzplan

Einzelpersonen aus dem Libertären Netzwerk Dresden

Seit Oktober letzten Jahres kämpft das selbstorganisierte Bündnis „Macht?Schule.Bildung!“ um einen Stopp des Schulnetzplans der Stadtverwaltung Dresden. Dieser sieht in den nächsten Jahren Lehrerentlassungen, Schulschließungen bzw. Verlegungen ins Umland, Erhöhung der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse von 25 auf 28 (Grundschul- und Mittelschulbereich) vor. Kritisiert werden darüber hinaus u.a. die hoffnungslose Überfüllung, erhebliche Baumängel an einigen Schulen und die Unterrichtung mehrerer Klassen in Metallcontainern.

Nach eigener Aussage handelt es sich bei dem Bündnis um einen Zusammenschluss von Schüler*innen (Hauptanteil), Lehrkräften und Eltern. Der Stadtschülerrat (SSR) tritt als Träger des Bündnisses auf. Nach 2 Demonstrationen, einem Flashmob und 2 kreativen Aktionen am Rathaus („Nachhilfe für die Stadtregierung“ und „Ruten und Kohle für das Rathaus“) rief das Bündnis für Mittwoch den 19.01. zur Aktion „Dresden bleibt sitzen“ auf. Darüber berichten sie auf ihrer Website:

„Schülerinnen und Schüler aller Schultypen protestierten heute auf unterschiedlichster Art und Weise gegen die Schulstandortpläne der Stadt. Am Gymnasium Dresden Cotta demonstrierten unter anderem 900 Schüler zum Teil in Schlafanzügen, mit Decken und Kissen im Flur des Schulgebäudes schlafend gegen den Platzmangel im Schulgebäude. An der 36. Mittelschule besetzten 100 Schülerinnen und Schüler den Treppenaufgang. Am BSZ für Wirtschaft I demonstrierten rund 100 und an der 62. Mittelschule rund 450 Schülerinnen mit einer Menschenkette zum Schutz vor dem Schulnetzplan. An allen drei Standorten des BSZ Agrarwirtschaft und Ernährung und am BSZ für Dienstleistung und Gestaltung demonstrierten darüber hinaus nochmals mehr als 300 Schüler gegen die Verlagerungspläne des Schulbürgermeisters Winfried Lehmann (CDU).“

– solange Dinge vorankommen ... Vorstellbar ist vieles, die Frage ist: Finden sich Menschen und stecken ein Stück ihrer Zeit und ihrer Energie in die Realisierung solcher Ideen?

Wie kann mensch euch kennen lernen und unterstützen?

Online sollte jeder mal auf dresden-im-wandel.de vorbeischauen. Wenn sich dort Gruppen, die ihre Stadt transformieren eintragen, dann ist das schon die beste Voraussetzung für eine Vernetzung. Die Plauderbar ist wohl die beste Gelegenheit, sich „im echten Leben“ zu begegnen, Ankündigungen gibt es auf evoluzzer.info. Einladungen, über Transition oder Peak Oil bei interessierten Gruppen zu diskutieren, würden uns natürlich auch zeigen, wo überhaupt Interesse an diesen Themen in der Stadt vorhanden ist.

Willst du noch was sagen?

Ja. Mir ist es wichtig, dass das Gesagte MEINE Sicht auf die Dinge ist – und damit nicht zwingend repräsentativ für all jene ist, die diese Stadt aktiv transformieren wollen. Widerspruch erwünscht.

Herzlichen Dank für das Interview!

Kritische Anwesenheit auf „Echte Demokratie jetzt!“-

Am Sonntag den 15.01. nahm das Allgemeine Syndikat Dresden (FAUIAA – FdA IFA) an einer Demonstration der Gruppe „Echte Demokratie jetzt! Dresden“ teil. Dabei waren längst nicht alle Redebeiträge erfreulich.

Ca. 80 Menschen beteiligten sich in Dresden an der Demonstration zum globalen Aktionstag „15J for global change“, darunter auch eine Sambaband. Die ersten beiden Redebeiträge wurden am Jorge-Gomondai-Platz gehalten. Zunächst begann ein Redner der Vorbereitungsgruppe, der zum Thema „Transparenz“ referieren wollte. Im wesentlich behandelte der Beitrag tatsächlich jedoch die Enttäuschung des Autors über gebrochene Wahlversprechen und die Forderung, die Politiker „da oben“, hätten nach dem Willen des „Volkes (sic!) hier unten“ zu agieren. Auf den Schluss, dass die von ihm beklagten Probleme evtl. im politischen System verankert sein oder gar Mehrheits- und Repräsentationspolitik abzulehnen kam er nicht. Es folgte ein Redebeitrag der Initiative gegen die Privatisierung der Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt, die auf den Bürgerentscheid am 29.01.12 hinwies und die Gründe darlegten, die nach ihrer Meinung für eine Verhinderung der Privatisierung sprechen.

Das Allgemeine Syndikat Dresden verteilte zeitgleich seinen Aufruf, sich an dem Bürgerentscheid mit einer Ja-Stimme zu beteiligen. Darin wird auch darauf hingewiesen, dass eine Abstimmung in dieser Form nicht wirklich zu befürworten sei, es jedoch darum gehe Patienten und Arbeitende der Krankenhäuser konkret vor weiteren Belastungen und einem Ausstieg aus dem derzeit geltenden Tarifvertrag zu bewahren. Eine andere Gruppe Demonstrationsteilnehmer*innen (mit Einzelpersonen aus dem Libertären Netzwerk Dresden/FdA-IFA) äußerte sich in einem provokanten Flugblatt kritisch zu antisemitischen und verschwörungstheoretischen Tendenzen in der Occupy- und „Echte Demokratie jetzt!“-Bewegung. Dabei wurde auch davor gewarnt komplexe Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Ökonomie und soziale Dynamiken auf das Fehlverhalten einzelner zu reduzieren und so wahre Ursachen für Armut und Krise zu verkennen.

Anschließend zog der Demonstrationzug in die Altstadt und endete auf dem Altmarkt. Dort hielt zunächst die Initiative MACHT?SCHULE.BILDUNG! einen Redebeitrag zur miserablen Lage Dresdner Bildungseinrichtungen und verwies auf den geplanten Sitzstreik gegen den neuen Schulnetzplan

kommunistischen Ideen in Kontakt, genauso aber mit der Punk- und Skinkultur. Die wenigen Kanäle, die es zu bereits bestehenden Bewegungen außerhalb der Ex-Sowjetunion gab, wurden intensiv genutzt, um Ideen und Inhalte in das eigene Lebensumfeld zu transportieren. Schnell bildeten sich Zusammenhänge von Punks und Skins heraus, die einen alternativen Lebensstil suchten und praktizierten, auf eigene Faust Bands gründeten und Konzerte organisierten. Von Beginn an waren diese Jugendlichen aber Zielscheibe von Faschogruppierungen. Häufig ereigneten sich gezielte Anschläge auf die mühsam organisierten Punk und Skinkonzerte. Eine konfrontationsfähige Struktur gegen den Faschoterror wurde zur Notwendigkeit. Während bei den Übergriffen medial häufig das alte Bild der rivalisierenden Jugendgangs im Umlauf gebracht wurde, zeigte sich für die linken und linksaffinen Jugendlichen sehr schnell, dass die Übergriffe eindeutig faschistisch motiviert waren und Angriffe auf die Konzerte zum Bestandteil der Aktionen rechter Gruppierungen wurden. In der direkten Konfrontation bildete sich auf Faschoseite aber auch eine gewisse Selbstständigkeit aus, was die eigenen Aktionen angeht, womit sich diese Gruppen ein Stückweit von der Funktion des reinen Fußvolks trennten und eigene Aktionen und Feindbilder sich verfestigten. Während medial nun alle glaubend gemacht werden sollten, dass es sich um Rivalitäten zwischen Jugendlichen handle, denen eine gewisse starke Hand mal ganz gut tun würde, war für die Betroffenen, gerade auch im Kontext der häufigen Übergriffe auf andere Leute, schnell klar, dass die Übergriffe eindeutig politisch motiviert waren und als solche auch beantwortet werden mussten. Die Wege dahin aber mussten selbst gesucht und beschritten werden. Ein Input von außen oder Hilfestellungen fehlten, da beispielsweise auch viele Materialien zur antifaschistischen Arbeit und anarchistischen Theorie in Westeuropa in verschiedenen Sprachen freikursierten, in Osteuropa aber nicht auf russisch zu bekommen waren (und sind). Es hieß also, selbstorganisiert sich dem Problem anzunehmen.

Entwicklung libertärer Gegenpositionen

Gleichzeitig, jedoch größtenteils unabhängig von der Entwicklung der Konflikte zwischen Faschos mit Punks und Skins, steigerte sich auch die Auseinandersetzung mit linker Theorie. Gerade die Erfahrung mit dem autoritären Sowjetsystem zeichnete die Suche nach antikapitalistischen Ansätzen aus, die Autorität und Staat ebenfalls einer Kritik unterzogen. Die Entwicklung libertärer Theorie fand hauptsächlich im universitären Bereich statt. Die teilweise Liberalisierung in

Zeiten der Perestroika und Glasnost ermöglichte den Zugang zu einem Teil libertärer Literatur und ermöglichte so, die ansonsten unter dem Ladentisch gehandelte Literatur einem größeren Kreis zugänglich zu machen. Gerade unter den Studierenden entstand so ein größerer Diskurs über die Alternativen zum vergangenen Parteikommunismus und zur sich abzeichnenden Kapitalisierung der Gesellschaft.

Ausgangspunkt für diese Entwicklung sind die späten 1980er Jahre. Während die Probleme in der Sowjetunion immer größer werden läuft auch das Denken und Handeln vieler Menschen nicht mehr im konzipierten, strengen Rahmen der Führung. In dieser Zeit findet die Wiederentdeckung verbannter anarchistischer Theoretiker wie Mikhail Bakunin oder Pjotr Kropotkin statt, wodurch die Grundlage für eine weitere Beschäftigung mit anarchistischer Theorie geebnet wurde. Es bilden sich Studierendenzirkel heraus, die gerade auch als Provokation gegenüber der nach Machterhaltung ringenden Parteistrukturen, sich als Anarchist_innen bezeichnen. In ihrem Denken sehen sich diese Zirkel klar in der Tradition der Anarchokommunist_innen der frühen russischen Revolution(en), welche mit Lew Trozskis Erschießungsbefehl von Kronstadt und der gewaltsamen Verfolgung der Machnowschtschina niedergeschlagen wurde. Durch diese Historisierung der eigenen Überzeugung verstärkte sich auch die Ablehnung des Sowjetstaates. Anarchistische Theorie brach so der Praxis Bahn und führte zur verstärkten Beteiligung in den Protesten gegen das System. Trotz einer anfänglichen Verbindung von Theorie und Praxis hielt dieser Ansatz über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus vorerst nicht lange Stand – was wohl auch an der enormen Umwälzungen von Gesellschaft und Staat lag, derer sich eine so junges anarchistisches Spektrum mit Sicherheit nicht gewachsen sah. Was blieb, war die sich weiterentwickelnde anarchistische Theorie und Kritik an der größtenteils gewaltsamen Formierung der Russischen Föderation. Durch den freien Zugang zu Büchern, aber auch durch Kontakt über Russland hinaus, entwickelten sich die studentischen Zirkel weiter. Obwohl ähnlichen Ideen verbunden, fand zwischen der linken Subkultur und den linken Studis kein nennenswerter Austausch statt. Die theoretische Beschäftigung mit Gesellschaftskritik verblieb lange Zeit auch in einem fest verankerten Rahmen ohne weitergehende Ableitung von Handlungspraktiken.

Von der Verteidigung zum Angriff

Jedoch machte der erste Tschetschenienkrieg, die Wahl Vladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation, der Ausbau eines autoritären Staatsapparates, die wachsenden

sozialen Probleme und die steigende Aktivität militanter Nationalist_innen die Dringlichkeit einer Intervention unmissverständlich klar. Ähnlich verhielt es sich innerhalb der Punk und Skinszene, die sich den rechten Terror nicht mehr weiter gefallen lassen wollte. Die reine Abwehr der Angriffe auf die eigenen Freund_innen reichte nicht aus, da gewaltsames und mörderisches Vorgehen der Faschos zum Regelfall wurde und dank ihrer Unterstützer_innen und Vordenker_innen in renommierten Positionen auch die Akzeptanz bzw. Ignoranz diesen faschistischen Umtrieben gegenüber nicht abbriss. Aus der reinen Gegenwehr musste also Angriff auf die Verhältnisse werden. Im Zuge jener Zuspitzung gesellschaftlicher Verhältnisse waren es vor allem Personen wie der 2009 ermordete Ivan Khurtoskoy, der sowohl in der Skinheadszene aufgewachsen und politisiert wurde als auch in der Universität sich an den dortigen linken Zirkeln beteiligte, die eine wichtige Rolle spielten. Ivan nahm eine wichtige Funktion für die Entwicklung emanzipatorischer Zusammenhänge ein, da sich bei ihm eine personelle Überschneidung der Spektren ergab. Die Notwendigkeit einer Zusammenführung wurde so offenkundig und auch möglich. Die Gründung von „Автономное Действие – Autonome Aktion“ ist eines der Produkte dieser Zeit. Aus den vereinzelt, teilweise auch informellen, politischen Gruppen in den einzelnen Städten formierte sich nun ein russlandweites autonomes Netzwerk mit sozial-revolutionären und anarchistischen Selbstverständnis. Durch den Aufbau einer Webseite und eines regelmäßig erscheinenden Journals wurde dies auch nach außen hin sichtbar, wobei gleichzeitig die erste Infrastruktur für politische Arbeit entstand. Vor allem waren es aber die überregionalen Treffen von Gruppen, die den Austausch über die Entwicklung von Gegenstrategien angesichts des immens wachsenden Nationalismus boten.

Trotz der relativ geringen Zahl von Aktivist*innen und der gänzlichen fehlenden Strukturen, was Orte für Treffen, Knowhow, Repressionsschutz und ähnliche Vorzüge westeuropäischer Politarbeit angeht, hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein äußerst kreatives und handlungsfähiges, anarchistisch geprägtes Politspektrum gebildet. Die tagtägliche Konfrontation mit Repression und Nationalismus bringt mit sich, dass die Aktivist*innen nicht auf Schaffung großer Organisationen sondern auf direkte Aktionen setzen. Dies zeigt sich insbesondere im Kampf gegen Faschos. Entgegen aller offizieller Beschwichtigung, formierten sich die betroffenen Linken zu konfrontationsfähigen Antifagruppen. Aus der Bedrohung der Faschogangs heraus, sind Kampfsportfähigkeiten aber auch Schlagring, Messer oder Gaspistole wichtige

Grundlage der antifaschistischen Gegenwehr. Durch konsequentes Benennen von faschistischen Gruppierungen und dem entschlossenen Entgegenstellen, konnte der Verblendung ein Stückweit entgegengetreten werden. Gerade aber auch die sich häufenden rassistisch motivierten Morde und die permanente antifaschistische Thematisierung führten zu einem gewissen Wandel des gesellschaftlichen Klimas. Vertuschung war nicht mehr länger möglich und auch von offizieller Seite musste ein Problem mit ultranationalistischen Gruppen eingestanden werden. Zwar führte dies zum größeren Bruch zwischen den intellektuellen Führer und dem Faschomob, doch auf rechten Events, wie dem russischen Marsch sieht man sie aber trotzdem größtenteils Seite an Seite. Auch wenn durch die antifaschistische Gegenwehr die Faschoaktivitäten eingedämmt werden konnten, gehören faschistische Morde nach wie vor zur Tagesordnung. Insgesamt hat das nationalistische Lage einen extrem großen Unterstützer_innenkreis und es fällt der antifaschistischen Bewegung schwer, gegen den gesellschaftlich breit getragenen nationalistischen Konsens zu intervenieren. Wie auch, wenn Nationalismus allgegenwärtige Unterstützung erfährt, rassistische Theoretiker_innen zu den politischen wie gesellschaftlichen Eliten zählen und nicht nur selbst ihre Gedanken verbreiten, sondern über Lehrstühle und Lehrbücher nationalistischen Gedankengut auch noch institutionell verbreitet wird. Es zeigt sich, in Russland geht es um weit mehr als um ein paar Nazis auf die Fresse zu geben, es geht um den Widerstand gegen einen extrem nationalistischen und rassistischen Alltag. Gerade in puncto der Frage wie hier sozial-revolutionäre Intervention aussehen kann, sind alle gefragt. Jener Kampf, der in Russland mit harten Bandagen geführt wird im Grunde genommen auch bei uns hier geführt. Höchste Zeit also, den eisernen Vorhang im Kopf endlich fallen zu lassen und gemeinsam einen grenzüberschreitenden Antifaschismus praktische Realität werden zu lassen.

ASJ Göttingen/Südniedersachsen

*Der Artikel erschien im Januar 2011 in der Zeitschrift *SchülerInnenzeitschrift Abuje* (<http://abuje.alfahosting.org>).

In Mitteleuropa ist die TT-Bewegung ja ziemlich zeitgleich mit anderen Vertreter*innen der (neu-)neuen sozialen Bewegungen wie z. B. der Occupy Bewegung, Anonymous etc. angekommen.

Wie schätzt du das ein, gibt es da gerade sehr viel Bewegung gleichzeitig oder kann mensch von „einer“ Bewegung mit verschiedenen Facetten sprechen?

Anonymous ist für mich schwer zu fassen, ein technisches Phantom, das mit technischen Mitteln Transparenz erzwingt und durchaus erpresserisch einsetzt – bislang meist zum „guten“ Zweck, doch ich befürchte es ist nur eine Frage der Zeit, bis unter dem Label „Anonymous“ auch Dinge passieren, die diesen Weg in Misskredit bringen. Occupy ist ein Dagegen-Ansatz: Die Akteure wissen, was sie NICHT wollen. Das ist ein Anfang. „Transition“ betont das Lokale, das jeder mit Kopf, Herz UND Händen konstruktiv gestalten kann. Wenn das an vielen Stellen passiert, bewegt sich auch der Globus. Die Aufmerksamkeit, die solche Bewegungen heute erhalten, zeigt mir, dass der Wunsch nach Veränderung inzwischen sehr weit verbreitet ist. Wenn die Vorstellungen der einzelnen Grüppchen, wie die künftige Welt aussehen soll, sich ähneln, würde ich von „einer“ Bewegung sprechen. Aber solch eine übergreifende Diskussion sehe ich derzeit noch nicht.

Seid ihr mit anderen Projekten und Initiativen wie z. B. der Nachbar*innenvernetzung Löbtau, dem AZ Conni, dem Werkstattladen Löbtau oder den Werkstattpiraten in Pieschen vernetzt? Warum (nicht)? Wie stellt ihr euch die Zusammenarbeit mit anderen selbstorganisierten Projekten in der Stadt allgemein vor?

Dieses „ihr“, nach dem du fragst, existiert in der überwiegend selbstorganisierten, vernetzten Form, wie sie sich heute in Dresden darstellt, nicht so recht. Ich für meinen Teil muss mich um meinen Lebensunterhalt, meine Kinder und meine Handvoll Projekte kümmern und bin immer interessiert daran, wenn es Überschneidungen dieser Projekte mit den Aktivitäten anderer gibt und man sich gegenseitig stützt. In dem Sinne bin ich persönlich an Zusammenarbeit interessiert, es stellt sich die Frage, wann ich die Zeit finde, diese Zusammenarbeit aktiv herzustellen oder wie wir Menschen dieser Stadt uns zusammenfinden.

Im Rahmen der „Evoluzzer“-Abende haben wir gemeinsam mit Andreas, Sören und Alexander die „PlauderBar“ ins Le-

ben gerufen. Dahinter steckt die Idee, dass Aktive dieser Stadt sich ungezwungen aber halbwegs regelmäßig bei Speis und Trank treffen können. Und ich würde mich freuen, wenn dort auch Milieu-übergreifend Verbindungen zustande kommen. Der Abend findet im Alten Wettbüro nahe des Neustädter Bahnhofs einmal im Monat statt. Ich fände es passend, wenn man sich dort beschnuppert, sich jene Leute zusammenfinden, die miteinander können und jeder nebenbei einen entspannten Abend hat. Das ist einfacher, als wenn jetzt jeder von uns mit jeder anderen Gruppe der Stadt förmlich Kontakt aufnimmt. Was ich mir wünsche ist, dass sich Gruppen und Menschen dieser Stadt mit dem Transition-Ansatz befassen und schauen, ob Teile oder Hintergrundinfos für sie nützlich sind – beispielsweise im Sinne einer gemeinsamen Verwandlung der Stadt hin zu mehr Krisenfestigkeit. Ich selbst habe Verbindungen nach Löbtau, und ich weiß aus Gesprächen, dass es Projekte wie die von dir genannten gibt – was bedeutet, dass Verbindungen dahin existieren müssen, sonst hätte ich nicht davon erfahren. Du solltest nicht vergessen, wie jung der Transition-Ansatz allgemein und in Dresden im Speziellen ist, gut Ding will ja auch Weile haben.

Bis jetzt war immer vorrangig von Gärten die Rede, wenn es in Internet und Medien um TT ging, aber wie stellt ihr euch die Bereitstellung größerer Infrastruktur vor (z. B. Transitverkehr, Krankenhäuser, Textil- und IT-Produktion.)?

„Dresden im Wandel“ bedeutet für mich nicht, das Rad neu zu erfinden. Es gibt in dieser Stadt eine Verwaltung, es gibt ÖPNV, Krankenhäuser und ITler. Was mich interessiert ist, ob es möglich wäre, die Menschen, die diese Dinge organisieren, mit der Idee zu infizieren, ihre Aktivitäten AUCH aus Sicht einer Umgestaltung unserer Stadt zu tun. Und natürlich wünsche ich mir, dass viel mehr dieser Aktivitäten beispielsweise als Genossenschaft organisiert sind, um Mitbestimmung der Nutzer zu ermöglichen. Ich finde es interessant, dass du den Textil-Bereich ansprichst. René, der wie andere der bereits Genannten an unserem ersten Transition-Training im Frauenbildungszentrum im Mai mitgemacht hat, verfolgt als Ingenieur die Idee, Hanf als Rohstoff in der Region nutzbar zu machen. Langfristiges Ziel ist es auch, darauf industrielle Verarbeitung für Textilien aufzubauen. Ich fände es sehr spannend, das genossenschaftlich zu organisieren. Aber ich hab auch kein Problem damit, wenn die Pioniere, die diese Wege nutzbar machen, eine GbR oder eine GmbH gründen

rem auf die Möglichkeit eines Zusammenbruchs marktwirtschaftlicher Prinzipien und einer Rationierung von Gütern hinweist. Findet man unter dem Stichwort „Peak-Oil-Studie der Bundeswehr“ im Internet. Ich versuche diese Problematik in zwei wichtigen Fragen zum Ausdruck zu bringen: Wie organisiert man Stadt, wenn der Sprit 2,50 Euro kostet? Was müsste heute bereits entschieden werden, wenn klar wäre, dass Dresden 2030 ohne Mineralöl auskommen muss?

Hätte die Bewegung deiner Meinung auch ihre Berechtigung, wenn dieses Energieszenario nicht zutreffen würde?

Peak Oil ist neben der Finanzkrise eine akute Antriebsfeder. Aber so mancher Widerspruch in den gesellschaftlichen Zuständen sorgt inzwischen dafür, dass Menschen aller Couleur auf der Suche nach anderen Wirtschafts- und Lebensmodellen sind. Die Aussicht, solche Veränderungen in der eigenen Kommune anzustoßen und daran mitzuwirken, dürfte künftig noch ein paar mehr Menschen aktivieren, da das Lokale ja im eigenen Einflussbereich liegt. Insofern: Ja, wir brauchen dringend mehr Bewegung in unserer Gesellschaft und die Bewegung, die schon da ist, wird sich zunehmend von der Kritik an den Zuständen hin zu echten Perspektiven oder Visionen bewegen müssen.

Welche sozialen Schichten bringen sich lokal in die TT-Initiativen ein? Kann mensch da eher von einer Studierendenbewegung sprechen oder werden auch andere Schichten und Milieus berührt (z. B. prekarierte Lohnabhängige, Langzeitarbeitslose und mittelständische Erwerbstätige)?

Bisher kann ich keine „Milieu-Lastigkeit“ erkennen, sondern eine nette Mischung. Vom Juristen über die Steuerfachfrau und den ITler bis zum Studienabbrecher ist alles dabei. Ich weiß ja gar nicht bei allen, was sie tun und ich bin auch gespannt, welche Leute jetzt nach dem Umundu-Festival zu uns stoßen. Ich selbst bin seit über 10 Jahren selbständig.

Welche Vorteile in Sachen Lebensqualität bringen die Projekte den Beteiligten bereits jetzt?

Auf jeden Fall die sozialen Beziehungen. Ich habe interessante Menschen kennengelernt, die meine Sorgen genauso teilen wie einige meiner Wünsche, und sehe ein Ziel, auf das es sich zuzuarbeiten lohnt.

Wie du vielleicht weißt sind anarchistische/ libertäre Bewegungen ja darum bemüht, Gesellschaftsformen mit möglichst wenig Zwang und Hierarchie zu entwickeln, das schließt auch die ökonomische Ebene mit ein. Im Zuge dieser Theorien wird eine Relokalisierung von verschiedensten libertären Strömungen propagiert, mit dem Argument, dass kleinere Gemeinschaften eher zu konsensualen Übereinkünften kommen können. Kooperationen sollten demnach immer auf einer möglichst kleinen Ebene auch wirtschaftlich handlungsfähig und autonom bleiben, um das Risiko der wirtschaftlichen Erpressbarkeit gering zu halten. So kommt es, dass auch libertäre Zusammenhänge seit über 150 Jahren immer wieder lokale Produktionsstätten, Schulen und Agrarkommunen errichten. Denkst du es gibt da Anknüpfungspunkte? Bestehen deiner Meinung nach sogar schon Kontakte zwischen beiden Bewegungen?

Die gibt es durchaus. Als wir letzts den Geologen Chris Senz zu einem Vortrag zu Peak Oil ins Stadtteilhaus in die Neustadt einluden, um die Peak-Oil-Studie der Grünen Landtagsfraktion vorzustellen, verwies er beim späteren Gespräch in der Kneipe auf sein Interesse an anarchosyndikalistischen Wirtschaftsideen als Inspiration für künftige Wirtschaftsformen. Es ist und bleibt ja die Frage, in welche konstruktiven Formen die Kritik am Bestehenden umgewandelt werden kann und da wird natürlich gesucht. Wie wichtig Kooperation ist und wie problematisch übermäßige Abhängigkeiten sein können, wird auch bei Transition betont. E. F. Schumacher, der Namensgeber für das Schumacher-College in der Transition-Ursprungsstadt Totnes, war ja ein Schüler von Leopold Kohr, dessen Kritik an der Größe und seine Vorliebe für kleine, menschliche Strukturen in dem Ausspruch „Small is beautiful“ gipfelte. Kohr kämpfte auf Seiten der Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg und nahm an vielen Stellen in seinen Schriften auf anarchistische Ideen Bezug. Verbindungen gibt es sicherlich, aber ich glaube nicht, dass solche Bezüge nun übermäßig wichtig für „Stadtwanderer“ sind, denen die Idee einer Verwandlung der eigenen Kommune gefällt. An anarchistischen Ideen finde ich vor allem die Reibungsfläche zu den Grundüberzeugungen unserer Gesellschaft wertvoll, die Frage, wie viel Verantwortung der Einzelne trägt und wie viel Führung durch andere er braucht – also das Spannungsfeld zwischen Selbstorganisation und zentraler Führung und welches Menschenbild wir von uns selbst haben. Diskussionen entlang dieser Reibungsfläche würden unsere Gesellschaft sicher voranbringen.



Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus - 31. März 2012¶

Europa und die Europäische Union (EU) befinden sich im Ausnahmezustand. Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit dieser Katastrophenrhetorik werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren.

In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten setzen auf mehr „Wettbewerb“ und einen brutalen Sparkurs, um das „Vertrauen“ und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Genau damit aber bestätigen sie die destruktive Logik des Kapitalismus. Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von privatem Reichtum.

Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorten zugespitzt. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. In den sogenannten „aufstrebenden Märkten“ herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum, das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation der vergangenen Jahrzehnte hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht die vermeintliche Gier und Korruption einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht.

Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten "über ihre Verhältnisse gelebt". In Wahrheit haben auch sie nur versucht, über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen. Sie taten was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und neue, milliarden schwere "Rettungsfonds" sind an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische "Schuldenbremse" soll "die Märkte beruhigen", natürlich zu Lasten von Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Menschen in Ausbildung. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen, trotz eigener politischer Differenzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern wurde heftig protestiert. Überall sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Doch bislang blieben selbst Massenstreiks erfolglos. Die großen nationalen Gewerkschaften stützten letztlich doch die Standortpolitik ihrer jeweiligen Staaten und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Es gab keine effektive gewerkschaftliche Solidarität über Landesgrenzen hinweg. Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

Wir können das besser

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ, wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Marktes, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Gleichzeitige Demonstrationen in mehreren europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europäischen Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Die Krise verläuft in unseren Ländern sehr unterschiedlich. Aber wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Der Kampf gegen den fortgesetzten Abbau sozialer Sicherheiten und Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen brechen. "Echte Demokratie", wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus!

Mehr Infos: march31.net



Interview mit Transition Town Dresden

von w.m.

An vielen Orten der Welt wachsen zur Zeit eine Menge neuartige Initiativen und Bewegungen und Initiativen. Auch in Dresden gibt es mittlerweile einiges neues. Grund für mich den Versuch zu unternehmen, verschiedene Akteur*innen der Gegenöffentlichkeit vorzustellen und evtl. Schnittpunkte mit der libertären Bewegung zu untersuchen. Meine erste Station führte mich dabei zu „Transition Town Dresden“ (TTDD). In dieser Initiative sind zur Zeit verschiedene urbane Agrarprojekte, aber auch soziale Treffpunkte vernetzt. Aus der Nähe dieser Zusammenhänge stammt auch die Nachhaltigkeitskampagne „Umundu“, die Infoveranstaltungen und -material, aber auch Märkte und Festivals organisiert und sich damit in Dresden schon eine große Bekanntheit verschafft hat. Um mehr über TT zu erfahren, führte ich ein schriftliches Interview mit Normert von der Dresdner Initiative.

Umreißt doch erstmal ganz grob, was ist die „Transition Town“-Bewegung?

„Transition“ bedeutet „Übergang“. Die Idee der „Transition Towns“ bedeutet, die eigene Kommune so zu verändern, dass sie mit den künftigen Problemen wie Ölknappheit, Klimawandel und den Wirkungen der Finanzkrise umgehen kann und lebenswert bleibt. Diese Probleme lokal zu behandeln bringt die Möglichkeit, dass der Einzelne nicht nur passiv den großen Entwicklungen zuschaut, sondern sich aktiv in die Gestaltung seiner Stadt oder seines Dorfs einbringen kann. Wichtig ist dabei die positive Vision einer Stadt als Zielstellung vor Augen zu haben. Wenn man nicht weiß, wo man hin will, verläuft man sich leicht. Wir versuchen solch ein Zukunftsbild derzeit durch einen Projektansatz namens „Zeitung aus der Zukunft“ zu skizzieren.

Welche Projekte sind im Rahmen der verschiedenen Initiativen schon weltweit entstanden?

Was gibt es in Dresden und Umgebung?

Viele Projekte, die teilweise schon lange existieren, arbeiten bereits im Sinne von „Transition“. Bürgergärten, Fairer Handel, die Verbrauchergemeinschaft, CarSharing, Werkstätten,

Regiogelder – nur mag die gemeinsame Verbindung dieser Bausteine noch nicht so bewusst sein. In Dresden gibt es beispielsweise beim UFER-Projekte e.V. verschiedene Menschen, die die Ideen einer Transformation mit sich herumtragen und sie leben dies aus, indem sie als erstes Projekt in der Johannstadt einen Stadtteilgarten aufbauen. Das Umundu-Bildungsfestival hatte dieses Jahr „Transition Towns“ als Fokusthema und diverse Veranstaltungen nahmen darauf Bezug. Auch Christian vom Stadtwiki findet sich dem Transition-Gedanken nahestehend, weil er mit Visionen einer besseren Stadt verknüpft ist, was Christians ursprüngliche Motivation für den Aufbau des Stadtwikis war. Ilona baut Bürgersolaranlagen mit dem Wissen um städtischen Wandel.

Wie organisiert ihr euch? Gibt es eine „zentrale Organisation“ oder sind die einzelnen Initiativen für sich unabhängig und nur miteinander vernetzt?

Für mich ist „Transition Town“ eher eine Idee, der sich jeder annehmen kann und sie in seinem Handeln berücksichtigt. Die Dresdner, die ich mit diesem Stichwort in Verbindung bringe, sind oft auch in anderen Gruppen aktiv, sei es im Tauschring oder bei Greenpeace. Die Idee, die Stadt grundsätzlich zu verwandeln, ist eher ein verbindender Faktor. Insofern ist da eher Vernetzung als zentrale Organisation zu erkennen.

Ein zentraler Punkt bei der TT-Bewegung ist ja die Analyse bezüglich des Ölfördermaximums (Peak Oil). Kannst du das kurz näher ausführen?

Peak Oil wird der Moment genannt, bei dem sich die tägliche globale Ölförderung nicht mehr steigern lässt. Die Auswirkungen dieses Fördermaximums werden enorm sein, wenn wir nicht umsteuern. Denn 90 % aller industriell hergestellten Güter, 99 % unseres motorisierten Transports und damit die Landwirtschaft als auch die Versorgung der Städte hängt an dem Rohstoff. Wenn Peak Oil erreicht ist, ist mit stark steigenden Spritpreisen und mit dem Rückgang der Förderquoten auch mit Engpässen in der Treibstoffversorgung zu rechnen. Und darauf ist heute kaum eine Kommune und kaum ein Unternehmen vorbereitet. Die Bundeswehr hat zu dem Thema eine sehr lesenswerte Studie erstellt, die unter ande-